Einzelpreis 60 Pfennig

Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis: Im Inland durch die Post monatlich M. 6,—, vierteljährlich M. 18,—, unter Streifband im Inland und Deutschösterreich monatlich M. 10,—, vierteljährlich M. 30,—, im übrigen Ausland monatlich M. 15,—, vierteljährlich M. 45,—. Postscheckkonto Fz. Eher Nachf., G. m. b. H., München 11346. — Geschäftsstelle: München, Thierschstraße 15. — Fernruf 20647 — Geschäftszeit 8½—4½ Uhr, Samstag 8½—12½ Uhr. — Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen auswärts brutto M. 2,50, für München M. 2,— mit entsprech. Nachlaß. Reklamezeile M. 10,—, Finanzanzeigen netto M. 2,—, Familienanzeigen M. 1,20, Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) M. 1,—. Schriftleitung: Schellingstraße 41/I. Fernruf 20647. — Drahtanschrift: Beobachter, München. — Sprechstunden der Schriftleitung: Täglich von 10—12 Uhr vormittags.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Leiter: Dietrich Eckart

Ausgabe 23 — München (Mittwoch), den 22. März 1922 — 36. Jahrgang

Zum völkischen Kampf

F. M. J. Rehse Archiv und Museum f. Zeitgeschichte München

Die Vernichtung des Mittelstandes — Französische Hetze in der Schweiz — Judenherrschaft in England — Rechtsstaat und Selbsthilfe

Der völkische Kampf

Der Abgeordnete der Deutschnationalen, Dr. Hilpert, hat in seiner unlängst gehaltenen Rede den heutigen Parlamentarismus gegeißelt und auch Kampf angesagt dem gemeinen Auswucherungssystem, wie es von der jüdischen Hochfinanz von Berlin aus planmäßig betrieben wird. Wir wollen Herrn Hilpert glauben, daß er es gut meint. Aber wir legen ihn hiermit auch fest! Wir erwarten, daß die Deutschnationalen Bayerns sich endlich entschließen werden, den Anfang mit der Sprengung des Klüngels an der Spitze ihrer Partei zu machen. Solange ein Herr Hergt noch nicht Buchhalter und Herr Helfferich Rechenmeister ohne politische Bedeutung geworden sind, solange erwarten wir von der Partei auch nicht das allergeringste. Drei Jahre hat sie einen schofien Wahlantisemitismus getrieben, um später regelmäßig zu kuschen.

Der letzte Parteitag hatte die völkische Frage, die wichtigste aller Fragen, einer Kommission übergeben. Nach drei Monaten erstattete diese Bericht, und der Vertretertag kam zur Entschließung, es würde „wie bisher" weitergehen. Also ein Feigheitsbekenntnis, wie es nach allem zu erwarten war.

Heute möchten wir auf einen bisher zurückgestellten offiziösen Aufsatz der Deutschnationalen Volkspartei zurückkommen.

Im Dezember vorigen Jahres fand die bekannte Versammlung des Vereins nationaldeutscher Juden statt, in welcher der Deutschnationale v. Oppeln-Bronikowsky heftig gegen den Antisemitismus auftrat. Zu diesem Vorfall nahm nun die parteioffiziöse „Deutsche Tageszeitung" in einem Leitartikel folgendermaßen Stellung.

Sie meinte, daß einzelne Juden im deutschen Volkstum „auch im völkischen Sinne" aufgehen könnten, sei „eine Tatsache"; das Judentum sei „tatsächlich keine einheitliche Rasse", und setze sich aus Bestandteilen zusammen, „von denen einzelne der germanischen Rasse immerhin näher stehen, als die anderen Elemente"; „festzuhalten" sei durchaus das „ehrliche Bestreben" der nationaldeutschen Juden; „wir halten es für sehr gut möglich, daß sie (die Eindeutschung) im Laufe der Zeit sehr weite Kreise der Juden in Deutschland erobert"; das Aufgehen der Juden im deutschen Volk sieht die „D. T." auch heute noch als die „einzig mögliche" Lösung an.

So geht es weiter. Und wie in unbewußter Selbstverhöhnung klingt es dann: „Es muß wenigstens eine politische Partei geben, zu der die völkisch gesinnten Kreise unseres Volkes das unbedingte Vertrauen haben können." Ein großes Verdienst schreibt die „D. T." ferner ihrer Partei zu: sie habe sich von „jüdischen Einflüssen völlig frei" gehalten. (Das ist frei erfunden: man denke an den Juden und Konsul Marx, an die Halbjüdin Frl. Gierke, an die jüdischen Bankverbindungen der D.N.V. usw.) Die „D. T." hat ferner Angst vor einem „unsauberen Antisemitismus" und wünscht schließlich „im Interesse des inneren Friedens", „Ausartungen und Einseitigkeiten" im Antisemitischen mögen ferne von uns bleiben. („D. T.", Nr. 582, 1921.)

Das sind einige Perlen offiziöser Gedankengänge. Sie sind so dumm und anmaßend zugleich, daß man ohne weiteres sagen kann: daß sie möglich waren, beweist die unsaubere Denkungsart der Führer der sogenannten Deutschnationalen Volkspartei.

Es ist für das deutsche Volk vollkommen gleichgültig, ob zwei oder drei Juden ehrliche Deutsche werden wollen, es hat sich nur die Frage zu stellen: ist das deutsche Volk ein solches Pack, daß man ihm zumuten darf, die jetzt offenbare Diktatur der jüdischen Börsen- und Revolutionsbanditen stillschweigend zu ertragen? Hier gibt es nur ein Ja oder Nein. Alles andere ist „unsauberer Antisemitismus". — Wenn die Judenheit keine einheitliche Rasse ist, dann gibt es überhaupt keine. Natürlich hat sie verschiedene Elemente in sich aufgenommen wie jede andere; heute aber — nach 3000jährigem Bestehen — noch von einer Eindeutschung „im Laufe der Zeit" zu sprechen, ist ein glatter Hohn auf deutsches Volkstum. Unsere Rasse ist gerade in den hochgräflichen Kreisen der Deutschnationalen genug verferkelt worden! Diesen Bastardierungsprozeß als „einzige Lösung" zu empfehlen, möge vergangenen Jahrhunderten verziehen sein, heute ist das einfach eine Herausforderung an alle Deutschen.

Während Deutschland von allen Hebräern besudelt wird („Reigen"-Prozeß, Magnus Hirschfeld, Sternheims „Hose", Hardens Verhöhnungen, Rathenaus Auswucherungssystem, „Frankf. Ztg.", Börsenjubel usw. usw.), führt das Parteiorgan der Deutschnationalen Volkspartei nicht den schärfsten Kampf gegen die ganze Brut, sondern fürchtet sich vor „antisemitischen Einseitigkeiten"! (Auch sonst wird die Judenfrage überhaupt nicht behandelt.)

Keine einzige deutschnationale Zeitung ist gegen dies Produkt einer Charakterverlumpung höherer Sphären aufgetreten. Wir haben auf eine Gelegenheit gewartet, dies zu tun.

Wir fordern jetzt Herrn Dr. Hilpert auf, sich offiziell an die „D. T." zu wenden, und dort seinen Standpunkt, sofern er anders ist, als sie ihn vertritt, öffentlich zu dokumentieren. Es darf kein Zurück mehr geben. Wir werden mit den Deutschnationalen immer grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten haben, aber der völkische Gedanke muß als allgemeine Grundlage dieselbe sein; und dann nicht nur für uns, sondern für sämtliche späteren Parteibildungen des kommenden Großdeutschlands. Wie die Bayer. Volkspartei unter dem christlichen Deckmantel ein politisches Schiebertum betreibt, so bisher die Deutschnationale Volkspartei durch Vorhalten völkischer Sprüche, die nichts als hohle Phrasen sind.

Die „M.A.A." meinte, ihr gefalle die „geräuschvolle Art und Weise" nicht, mit der die Nationalsozialisten ihre Ideen vertreten. (Gott sei Dank fast 100 Massenversammlungen allein in München!); uns aber kommt eine wachsende Empörung, wenn wir sehen, wie geräuschlos den Deutschnationalen das graue Fell über die Ohren gezogen wird. Mit ihnen aber auch dem ganzen Volk, denn die übrigen Parteien tanzen schon lange am goldenen Nasenring.

Dagegen kämpfen wir! Und wir fordern auch rücksichtslosen Kampf von seiten der Männer, deren Wähler diesen Kampf ebenfalls verlangen.

Bis jetzt sind wir allein! Uns bangt davor nicht, aber jeder Heuchelei wollen wir ein Ende bereiten im Interesse des völkischen Großdeutschlands! R.

Vernichtung des Mittelstandes

Seit Montag ruft die Mittelstandspartei durch große Anschläge die Münchener zum Protest gegen die ungeheuerliche Auswucherung seitens der äußeren und inneren Feinde auf. Wir begrüßen die offene Sprache, die gesprochen wird: „Vaterlandslose ... Finanzbestien, die im Bereiche der Reichsregierung" Deutschland aussaugen und im „jüdischen Wasserkopf Berlin" ihren Sitz haben.

Das ist es, was wir seit Jahr und Tag predigen. Alle schaffenden Deutschen — ob Studenten, ob Handwerker, ob Gewerbetreibende, ob Industriearbeiter, ob Gelehrte oder Künstler —, sie alle liegen zwischen den beiden Mühlsteinen, die heute alles Ehrliche zu zermalmen drohen: zwischen den Instituten zum Weißbluten unserer Wirtschaft (Banken und Börsen) nebst ihren direkten Trabanten in der Demokratenpartei und dem Marxismus, dem verblendete deutsche Arbeiter zu ihrem eigenen Unheile Folge leisten. Beide Mühlsteine werden von den jüdischen Finanzhalunken Berlins, und nicht nur Berlins, sondern auch Londons, Paris, Neuyorks, durch ihr, den Völkern abgewuchertes Gold in Bewegung gesetzt. Ob die Leute Bernard Baruch oder Rothschild oder Trotzky oder Cohn heißen: das Ziel ist überall dasselbe: Vernichtung aller sittlichen Grundlagen der Arbeit, Proletarisierung ganzer Völker, Verhetzung der Stände, Predigt des brutalen Klassenkampfes.

Wir fühlen uns eins mit dem Aufschrei, der endlich einmal klar und deutlich aus der bisher noch abseits stehenden Mittelstandspartei erschollen ist, und werden nach wie vor das Unsrige tun, um ihn zu verstärken; und so, daß den „Regierenden" noch einmal die Ohren gellen sollen. Auch des Deutschen Langmut muß endlich einmal ein Ende haben, und er wird und muß Abrechnung halten mit denen, die sie auf so gemeine Weise ausgenutzt haben!

Wir hoffen, daß die Mittelständler einsehen werden, daß die Zeit des Redens, des Bittens vorüber ist. Wir haben zu fordern, daß an die Spitze Bayerns und des Reiches deutsche Männer treten und keine Hebräer und deren Schleppträger und Busenfreunde. Wir müssen aber dann auch von allen, die erkannt haben, daß es um den Bestand des ganzen deutschen Volkes geht, verlangen, daß auch sie Kämpfer werden, sei es durch Wort, sei es durch Vertrieb unserer Aufklärungsliteratur, sei es durch tatkräftigere Förderung.

Helft alle mit, auch die Seele des deutschen Arbeiters, der noch zweifelnd abseits steht, zu gewinnen, damit die einige und allein richtige Front endlich dasteht. Nicht „Bourgeois" und „Proletarier", sondern hier schaffende deutsche Volksgenossen des Kopfes und der Hand, dort die wuchernde und spekulierende internationale jüdische Hochfinanz samt dem intellektuellen Abschaum und den Verrätern an unserm Volke!

Ist diese Front hergestellt, wird der jüdische Spuk hinweggefegt werden, wie Nebel vom Morgenwind.

Und wenn der Moloch auch noch viele von uns verschlingen wird, ehe der Sieg unser ist, es muß für uns alle doch heißen: „Über Gräber vorwärts!"

Ehrenpflicht

ist es, daß jeder Bezieher unserer Zeitung mindestens einen Abonnenten wirbt.

Zeichen der Zeit.

Die „Berliner Illustrierte" bringt folgende Notiz: „Die Dame beim Wintersport. Die Pariser Modenfirma Poiret teilt uns mit, daß das Wintersportkostüm aus St. Moritz, das wir auf dem Titelblatt unserer Nr. 6 den deutschen Sportkostümen gegenübergestellt haben, aus ihrem Atelier stammt." Also: kauft, liebe Juden Berlins, wenn ihr mit dem den Deutschen abgegaunerten Gelde nach St. Moritz fahrt, nur bei Poiret!

•

Zwischen Poincaré und den Sowjetjuden gehen lebhafte Verhandlungen. Mittelsmann dieser neuen Verbrüderung ist ein Herr Paul Louis. Er war früher Korrespondent des chauvinistischen „Petit Parisien", zugleich schrieb er unter anderem Namen (Phédon) im sozialistischen „Populaire", dann war er Mitarbeiter an dem linksbürgerlichen „Progrès". Also ein vielgewandter Mann wie etwa Harden-Witkowsky, der zu gleicher Zeit Bismarck in einer Zeitung verhimmelte, in einer anderen ihn mit Kot bewarf. Auch die Rasse ist dieselbe. Herr Louis heißt Levi und ist ein Charakterjude.

•

Ostpreußen wurde von neuem vergewaltigt und deutsche Dörfer kurzerhand den Polen übergeben. Die Franzosen haben den Friedensvertrag von Versailles abermals gebrochen. Die „deutsche" Regierung protestiert und bereitet sich zum Bauchrutsch vor.

•

Die Franzosen haben einen Neger, der wegen Vergewaltigung einer deutschen Frau vor Gericht stand, freigesprochen, weil die Tat außerhalb der Dienstzeit vor sich gegangen sei. Die französische „Kultur" ist ihrer Hüter wert.

•

Nach Genua geht „deutscher"seits natürlich Walter Rathenau und läßt sich im voraus vom Reichstag ein Vertrauensvotum geben. „Schweden" wird durch die Juden Cassel und Markus Wallenberger vertreten sein, auch der Ministerpräsident wird mitgenommen. Eine koschere Konferenz.

•

Für die Suche nach den Erzberger„mördern" hat die Reichsregierung bisher 200 Millionen ausgegeben. Der Mann schädigt den Staat sogar noch nach seinem Tode.

Volkswirtschaft und „Erfüllung"

I.

Vom Steuerstreit

In der kommunistischen „Neuen Zeitung", Nr. 59 vom 11. März 1922, ist ein Aufsatz enthalten: „Rathenau erzählt ...", wie ich mich nicht erinnere, einen ähnlichen in irgendeiner national seinwollenden Zeitung gelesen zu haben. Darin fällt besonders diese Stelle auf: „Aber es handelt sich für Rathenau und für Wirth ja gar nicht um die Sache, um die Förderung der deutschen (von uns gesperrt! D. Schr.) Wirtschaft, sondern um die „Erfüllung". Unter „Erfüllung" verstehen diese Herren aber, der jeder Laune des Ententekapitals sich sofort zu beugen, und die deutsche Regierung zum Hausknecht der Londoner Bankiers zu machen." Die Überlegung, daß das Kommunistenblatt doch zu deutschen Arbeitern sprechen will, läßt eine solche Sprache und vor allem die klare Bezeichnung dessen, um was es sich bei der „Erfüllung" tatsächlich dreht, doch als eine Merkwürdigkeit erscheinen, die um so mehr auffällt, als die K.P.D. sich als geschworene Feindin der M.S.P. und U.S.P. ausgibt, die beide doch auf Gedeih und Verderb sich hinter die Erfüller Wirth und Rathenau stellten. Noch stärker tritt der Gegensatz zur übrigen Sozialdemokratie hervor, wenn wir den sehr heftigen Kampfruf der K.P.D. zur Errichtung einer Abwehrfront gegen den — Steuerraubzug verfolgen. Es ist in der Tat nicht anders, als daß das neue Steuerkompromiß, das mit Hilfe der M.S.P. und U.S.P. zusammengekleistert wurde, ein Schlag ins Gesicht des arbeitenden Volkes ist, ein glatter Verrat an Hand- und Kopfarbeitern. Ob diese Feststellung durch die K.P.D. bzw. deren Führung allein aus ehrlicher Überzeugung erfolgte oder ob sie mit gewissen Hintergedanken und Nebenabsichten den Arbeitern zum Bewußtsein gebracht wurde, wollen wir augenblicklich nicht näher untersuchen; man muß bedenken, daß die Arbeiterschaft als solche darauf aufmerksam gemacht ist, wie schamlos ihre Leistungsfähigkeit an die unpersönliche überstaatliche Finanzgewalt verkauft werden soll. Gesundes Denken wird die rhetorische Verbrämung nicht beachten, sondern den Kernpunkt der ganzen Frage. Daß die Befolgung jenes Aufrufes ein Signal zum Steuerstreik bedeutet, ist klar. Und es dürfte der Leitung der M.S.P. und der U.S.P. schwer fallen, „ihre" Arbeiter davon abzuhalten.

Die Ausführung dieser Idee heißt aber nichts andres, als das Fallen der gesamten Reichsregierung und des Versailler Diktats. Das wäre ein Glück ohnegleichen!

Aber! Nun heißt es auch die Gefahr dabei nicht übersehen. Der Gedanke des Steuerstreiks hat etwas unbedingt Bestechendes und dürfte heute als das wirksamste Agitationsmittel angesehen werden. Die K.P.D. beginnt, sich zielbewußt und energisch dessen zu bedienen. Die K.P.D. gehört aber zur 3. Internationale (Moskau) und erstrebt eine Staatsumwälzung nach „„russischem““ Muster, d. h. erst recht die Aufrichtung eines Staatskapitalismus in noch schärferer Form, da auch die Konsumtionsmittel sozialisiert werden sollen. Die bolschewistische Wirtschaftsordnung hat bekanntlich Pleite gemacht auf allen Linien und sucht nun auf staatskapitalistischem Wege sich herauszuwinden, um nicht davongejagt zu werden. Da Rußland nicht mehr viel Widerhall auf diese „Beglückungsfanfaren“ zu geben scheint, wurde der Schwerpunkt der Agitation nach Berlin verlegt, wo Wirth und Rathenau als die neudeutschen Sowjetkommissäre bereits vorgesehen wurden. Diese Tatsache allein beweist schon, daß der von uns erstmalig in die Öffentlichkeit getragene Gedanke des Steuerstreiks von der K.P.D. zum Sturze einer unfähigen, korrupten Staatsordnung benützt werden will, um zu einer noch geschlosseneren jüdischen Korruptionsregierung zu gelangen, der man zum Hohn noch den Titel „reine Arbeiterregierung“ geben will. Damit wird das Segensreiche des Gedankens einer Verweigerung der Steuern an den jetzigen Staat zum Unheil, so geeignet eine im rein deutschen und antijüdischen Sinne geführte Steuerverweigerung des ganzen Volkes wäre, mit einem Schlag das verrottete System der kapitalistischen Erfüllungswirtschaft erledigen zu können.

Die Entwicklung war ja vorauszusehen, wie sie ja auch Gottfried Feder und Dr. Buckeley in ihrem Buch „Der kommende Steuerstreik“ nach den verschiedenen Richtungen, Auswirkungen, Gefahren und Nutzbarmachung für das Volksganze sehr sachlich abgewandelt haben. Sämtliche andren politischen Parteien stehen der Frage mehr als hilflos gegenüber, sind sie doch mit in die schwere Schuld verwickelt, beim Schmieden der Zinssklavenketten für das Volk mitgeholfen zu haben. Es ist darum die Aufgabe und der Wille der Nationalsozialisten, die Selbsthilfe des Volkes gegen die Ausbeutung zu organisieren. Allerdings trennt uns hierbei von dem Betreiben der Selbsthilfe durch den Kommunismus ein Grundsätzliches: Wir wollen durch Selbsthilfe, die gegenüber der sadistischen Ausbeutungsgier unserer äußeren und inneren Feinde allein schon im natürlichen Rechtsgefühl ihre absolute Berechtigung und Notwendigkeit nachweist, den jetzigen Zustand des Unrechts und der Vergewaltigung abschaffen mit dem Ziel, eine dem deutschen Volkscharakter und unsrer Rassensittlichkeit entsprechenden Staats- und Volkswirtschaftsordnung an die Stelle zu setzen. Daß wir dabei die heftigste Gegnerschaft finden, erklärt sich bezeichnenderweise daraus, daß wir in dem neuen Staate den Gelderwerb durch Spekulation zum Zwecke der mühe- und arbeitslosen Geldvermehrung keine Berechtigung geben, dem aber das heutige System auf Gedeih und Verderb die Stange hält und damit das ganze Volk ruiniert. Der Kommunismus, besonders der „russisch“ orientierte, strebt letzten Endes den rechtlosen Zustand, die Anarchie, an unter jüdischer Führung. Soweit es in der K.P.D. Führer gibt, die ehrlich bestrebt sind, nicht niederzureißen, sondern aufzubauen (es kommen da nur deutschblütige Leute in Frage), werden sie eine gewaltige Täuschung erleben, wenn sie des Glaubens sind, mit Juden zusammenarbeiten zu können. Sie werden mit in den Strudel gerissen, wenn sie nicht rechtzeitig sich zur rein völkischen Einstellung zurückfinden und in diesem Sinne auf ihre Anhänger einwirken. Es nützt noch nichts, zu erkennen, daß die Reichsregierung durch den Steuerraubzug den werktätigen Menschen um den verdienten Ertrag seines Fleißes betrügt, wenn nicht die einzige Konsequenz gezogen wird, sich von den Machern dieser Ausbeutungspolitik loszusagen. Die Macher aber sind allemal die Juden, die Meister im Lügen.

II.

Brechung der Zinsknechtschaft

„Das glücklichste Wort, es wird verhöhnt,
Wenn der Hörer ein Schiefohr ist.“

Goethe.

Ein Staatsleben ist nur dann gesund und imstande, auch heftige Erschütterungen und Schädigungen durch Kriege, Naturereignisse oder sonstige Katastrophen siegreich zu überwinden, wenn seine Wirtschafts- und Finanzpolitik auf einer Grundlage ruht, die im eigenen Volk und seiner Schaffenskraft verankert ist. Diese Grundlage ist dann vorhanden, wenn der Staat die Summe des Ertrages aller Wertschaffung des arbeitenden Volkes dem Volke und damit sich selbst unbehindert zuwenden kann, um mit dem gewonnenen Ertrag an der allgemeinen Volkswohlfahrt in materieller und kultureller Richtung weiterzubauen. Eine solche Betätigung führt zu der anzustrebenden Vermehrung des Volksvermögens und garantiert dem Staate auch eine bestimmende Stellung im Zusammenleben der Völker.

Ein Staatswesen dieser Art ist aber nur dann möglich, wenn im Staate nur Staatsbürger geduldet werden, die, geistig oder körperlich schaffend, dauernd Werte erzeugen, wenn im Staate die Volkswirtschaft auf dem Grundsatz fußt: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“ und: „Meine eigene Ehr', des Volkes Ehr', mein eigen Wohl, des Volkes Wohl!“ In unsrem heutigen Staate (wie auch in allen anderen Staaten des westlichen Kulturkreises) ist aber das Prinzip der Volkswirtschaft nicht das, Arbeit aller am Ganzen, sondern unser Staatswesen hat sich den Wirtschaftsgrundsatz einer rassefremden kleinen Schicht von Auchstaatsbürgern zu eigen gemacht. Der Grundsatz lautet: „Wie werde ich reich, ohne zu arbeiten!“ Mit der Annahme dieser „Wirtschaftsordnung“ hat der Staat aber auch zugleich die Arbeitskraft seiner übrigen Staatsbürger in den Dienst des Drohnentums gestellt, dem heute der deutsche Staat auch „weltwirtschaftlich“ restlos zum Opfer gefallen ist, so daß seine ganze werteschaffende Volkskraft letzten Endes nichts bezweckt und nichts anderes ist als der Quell des Geldstromes, der in den Banken des Leihkapitals zusammenströmt. Der Staat hat sich in die Abhängigkeit von diesem Leihkapital begeben, indem er durch eine ständig sich steigernde Anleihepolitik bei eben dem Leihkapital Verpflichtungen einging, die er nicht anders einlösen kann, als dadurch, daß er den Ertrag der schaffenden Volkskraft aus werteschaffender Tätigkeit hingibt, um Schuldzinsen zu bezahlen. Für die Weiterführung der staatlichen Wirtschaft verblieb so im Laufe der leihkapitalistischen Entwicklung so gut wie nichts mehr, und selbst die höchsten Steuern sind heute nicht mehr imstande, die Volkswohlfahrt zu erhalten, geschweige denn, sie zu fördern, wie es der wirtschaftliche Zweck des Staates in erster Linie sein muß. Um den staatlichen Wirtschaftsapparat notdürftig in Gang zu halten, werden immer neue Anleihen aufgenommen, deren Zinsverpflichtung ebenso folgerichtig wie verderblich sich in erhöhten Steuern, wahnwitzigen Preissteigerungen für Rohstoffe, Fertigware und Lebensunterhalt der Staatsbürger auswirkt. Diese grausame Entwicklung wäre auch dann gegeben, wenn wir uns das Schanddokument von Versailles wegdenken; denn der auf mühe- und arbeitslose Geldvermehrung angewiesene, aber unter geschickter Maske arbeitende Geldkapitalismus ist auf die Verschuldung der Staaten an ihn angewiesen. Da aber der Versailler Raubvertrag, der seine verborgene Lebenswurzel in der Absicht dieses Geldkapitalismus hat, noch hinzukommt, so ist selbst mit keiner noch so intensiv betriebenen Anleihepolitik die Erhaltung unsres Staates als eines selbständigen Wirtschaftskörpers möglich. Die Folge davon ist die auf dem Wege über die Erfassung der Sachwerte herbeigeführte Verdrängung des Staates aus seinem Staatseigentum, auch wenn die äußeren Formen dieses Staates erhalten bleiben. Das wertvollste Eigentum des Staates ist aber die Arbeitskraft des gesamten Volkes für den Staat. Diese Arbeitskraft ist der Lohnsklave des Gläubigers „Leihkapital“ geworden, dessen Inhaber ausschließlich das Judentum aller Länder ist. Dem Leihkapital ist das Volk zinsbar geworden.

Es ist darum nicht mehr als natürlich, daß das Wort von der „Brechung der Zinsknechtschaft“, die auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in ihr Programm aufgenommen hat, daß dieser Kampfruf gerade von den sogenannten Finanz- und Wirtschaftsfachleuten absichtlich mißverstanden und mißdeutet wird. Denn in dem Begriff „Brechung der Zinsknechtschaft“ ist letzten Endes der Grundsatz der Wirtschaftsordnung der Arbeit enthalten, die gerade dem System des Geldkapitalismus entgegensteht wie Feuer dem Wasser. Der Geldkapitalismus hat sich die denkbar besten Helfer gesichert, indem er die marxistischen Arbeiterparteien und Demokraten zum Vorspann gewann, außerdem steht ihm die gegenwärtige volkswirtschaftliche Lehrmeinung und die im heutigen Recht fundierte Lehre von der „Verbindlichkeit“ hilfreich zur Seite.

Was die „Brechung der Zinsknechtschaft“ will, ist das Verschwinden der zinsfressenden Anleihepolitik, die den Staat dazu bringt, Produktion und Verbrauch mit unerhörten Steuern zu belasten, die für die Pflege des eigenen Volkswohles vollständig verloren gehen. Der Durchführung steht aber heute am stärksten der „Friedens“vertrag entgegen und die willige Erfüllungspolitik von Jüdisch-Berlin. So bleibt dem deutschen Volke auch hier kein andrer Weg als der der Selbsthilfe. Es wird nicht allzu lange mehr dauern, so werden bald große Gruppen des Volkes, Länder und Stämme ihren eigenen Wirtschaftskreis schaffen, gewissermaßen aus eigener Machtvollkommenheit ohne Rücksicht auf die Regierung ein volkswirtschaftliches Gesetz sich schaffen, mit der Wirkung, daß der Ertrag der Arbeit des einzelnen wie der Gesamtheit gesichert ist. Diese Entwicklung ist eine natürliche Folge der von der Regierung bewiesenen Unfähigkeit, die mehr und mehr der Verachtung aller Volksgenossen anheimfällt. Mit andern Worten: Das Volk wird die Erfüller mit ihren unterschriebenen Verträgen und Schuldscheinen sich selbst überlassen, weil es einen Zeitpunkt geben wird, wo sich das werktätige Volk weigern wird, dauernd seine Leistungen zu erhöhen, um nichts davon zu haben als Not und Elend. Zu einer rascheren Auswirkung des Gedankens ist die Zerreißung des Versailler Fetzens die erste und dringendste politische Voraussetzung. Der Vertrag wird zerrissen werden, ob die Regierer in Berlin das wollen oder nicht!

Hsj.

Warum Oberschlesien verloren ging!

Es ist dem Einsichtigen längst klar, daß das Judentum seinen Teil ausgiebig getan hat, damit Oberschlesien zerrissen werden konnte. Um so bemerkenswerter ist aber ein Versammlungsbericht, den die „Schlesische Volksstimme“, Nr. 11 vom 17. März 1922, bringt. Am 13. März fand eine Versammlung der Deutschsozialen Partei statt, in der der ehemalige Kommunistenführer Preßl aus Nürnberg sprach. In der anschließenden Aussprache machte ein Oberschlesier Ausführungen, die nach der genannten Zeitung folgendermaßen lauten:

„Als geborener Oberschlesier, der polnischen Sprache mächtig, hatte ich durch den polnischen Reichskommissar für die Abstimmungsgebiete, Dr. Matuszewski in Posen, eine Empfehlung an Korfanty nach Beuthen bekommen, um für die Polen zu arbeiten.

Als deutschgesinnter Oberschlesier konnte ich auf keinen Fall zugunsten Polens arbeiten. Ich wandte mich deshalb an Herrn Geisler von den Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier, und fragte ihn, wie ich mich verhalten solle. Er sagte mir: ‚Arbeiten Sie nur scheinbar für die Polen, und wenn Sie etwas Wichtiges erfahren, dann bringen Sie es uns.‘

Ich machte es auch so. Mit der Zeit wurde ich Vertrauensmann bei den Polen. Als Kurier wurde ich mit wichtigen Briefen nach Berlin geschickt. Diese gab ich dem deutschen Nachrichtendienst im Polizeipräsidium. Sie wurden geöffnet, abgeschrieben und wieder verschlossen. Mit der Antwort auf diese Briefe geschah dasselbe.

So habe ich weiter gearbeitet, in dem Bewußtsein, als Deutscher meine Pflicht zu tun, bis mir bei dem deutschen Nachrichtendienst hier in Breslau etwas kaum Glaubliches passierte:

Ich brachte dem Nachrichtendienst hier, zugegen waren Dr. Bräuer und Herr Gralka (unseres Wissens ist letzterer früher Soldatenrat und ein guter Bekannter des Kommunisten Gruschwitz gewesen. D. Red.) folgende Meldung aus Posen:

Der polnische Reichskommissar für die Abstimmungsgebiete, Dr. Matuszewski, gab unter ‚streng geheim‘ folgendes bekannt (es war kurz vor dem 3. Polenaufstand):

1. Die Regierung Fehrenbach bleibt nicht lange am Ruder, dann kommt in Deutschland eine Regierungskrisis, und die werden wir ausnutzen, um Oberschlesien mit Gewalt von Deutschland loszureißen, denn Deutschland ist doch machtlos.
2. In Deutschland sind meist Juden in der Regierung oder ihre Freunde, und die sind den Juden in Polen nicht feindlich gesinnt, und wir haben den Juden bekanntgemacht: Bekommen wir Oberschlesien nicht, so jagen wir alle Juden aus Polen raus nach Deutschland. Und das werden die Juden in der deutschen Regierung nicht zugeben. Sie werden deshalb schon arbeiten, daß Oberschlesien polnisch wird. Wir sind also ganz sicher, daß wir Oberschlesien bekommen.

Merkwürdigerweise wollte der deutsche Nachrichtendienst von dieser Meldung keinen Gebrauch machen. Ich fragte ihn, an wen ich mich denn wenden sollte. Er sagte: ‚Ich kann Ihnen nichts sagen, machen Sie, was Sie wollen.‘

Solange ich nur Nachrichten von Polen brachte, war alles schön und gut; als aber auch Nachrichten über die Machenschaften der Juden darunter waren, wurde ich verraten und sollte im Hotel Lomnitz kaltgemacht werden. Die Herren hier in Breslau waren sehr erstaunt, als ich lebend wieder hier ankam.

Wenn ich Ihnen hier mein Erlebnis erzählt habe und daran erinnere, wie die Judenzeitungen den deutschen Selbstschutz mit Schmutz beworfen haben, die Leute, die freiwillig ihr Leben für ihre deutschen Brüder in Oberschlesien einsetzten, mit ‚Räuberbanden‘ und ‚Banditen‘ beschimpften, so wird Ihnen klar werden, wie das Judentum überall arbeitet. Das deutsche Volk darf natürlich nichts davon wissen. Dafür sorgen schon die Zeitungen, welche zu 9/10 von Juden geschrieben werden. Die Leute, welche freiwillig helfen kamen, ließ man durch die Judenzeitungen noch beschimpfen, die ihnen auch sonst noch Knüppel zwischen die Beine warfen.

Solange deutschfeindliche Juden unsere Regierung beeinflussen, geht es bergab mit uns; 20 Millionen Deutsche sollen verhungern, so will es das Judentum.

Sorgen wir dafür, daß in Deutschland nur deutsche Männer in die Regierung kommen und nicht Juden, dann wird Oberschlesien auch bald wieder deutsch sein!“

Wir haben diesen Feststellungen nichts mehr hinzuzufügen, nur das eine sei noch gesagt: Die Schuld Judas' wird auch ihren Zahltag finden! Die Gebeine der gefallenen Oberschlesienkämpfer rufen deutlich genug: „Exoriare ex ossibus ultor!“ Er wird kommen, der Rächer!

Werbt Abonnenten!
Ihr unterstützt dadurch am besten euere Presse!

Ein neues Lied vom Rhein

Ein Deutscher in Buenos Aires hat als Zeichen der Anteilnahme der Auslandsdeutschen am Schicksal des Rheinlandes folgendes Gedicht verfaßt, das ein Leser der „Magdeb. Ztg.“ zusendet:

Was wallst du stumm durch den blühenden Hain?
Was rauschest du müd und beklommen?
Wo sind deine lachenden Lieder, o Rhein? —
Die Freiheit ward dir genommen.
Sei stille, schon raunt es in Busch und Ried.
Wir kennen dies trauliche Klingen.
Auch du wirst wieder ein Jubellied
Von goldener Freiheit singen.

Drum walle und rausche, du heiliger Strom,
Getrost durch die weinenden Lande;
Grüß' Berge und Burgen, Städte und Dom
Und segne die Reben am Strande.
Und strömst du dann in das Meer hinein,
Schrei laut hinaus in die Weiten:
Ich bin der stolze deutsche Rhein,
Deutsch will ich bleiben allzeiten.

Sie buhlten mit schmeichelnden Worten dich ein
Und wollten dir Reichtum verheißen,
Sie wollten dich, treuer, alter Rhein,
Der armen Mutter entreißen.
Drum soll uns umkrallen wie Eisen ein Band,
Kein Teufel soll es zerspalten!
Ein Volk, ein Gott, ein Vaterland!
Den Treuschwur wollen wir halten.

Wir sind nicht zerschmettert, nicht tot, nein, nein.
Noch lebt ein gütiger Lenker.
Wir sind noch immer, du alter Rhein,
Dein Volk der Arbeit und Denker;
Doch wollen wir halten den Frieden im Haus,
Schlagt Haß und Hader zu Scherben.
Schmeißt allen verrosteten Plunder hinaus;
Deutschland darf nimmer sterben.

Und nun vergeht, was verschlungen die Flut.
Was hilft alles Klagen und Wimmern!
Wir wollen aus dem zerstampften Gut
Ein neues Vaterland zimmern.
Den Mörtel heran und heran das Gestein,
Frisch auf zu mutigem Wagen:
Du deutsche Jugend am deutschen Rhein,
Bau' auf, was das Schicksal zerschlagen!

Rechtsstaat und Selbsthilfe

Man sagt uns, daß wir heute die Segnungen eines Rechtsstaates genießen, und es gibt nicht wenige, die sich wirklich unter diesem unserem jetzigen Staatsgebilde recht wohl befinden, nur zu wohl — auf Kosten ihrer dümmeren Mitmenschen —, aber unter denen, die sich weniger wohl, sogar recht unbehaglich fühlen in diesem Rechtsstaate, gibt es recht sonderbare Käuze. Unklare Vorstellungen vom Wesen dessen, was man gemeinhin Mensch heißt — der Begriff ist ja sehr dehnbar —, dann vom Recht, vom Ethos sind da mitbestimmend für die Stellung dieser Leute zu unserem Rechtsstaate. Vor allem ist es auch ein falscher Freiheitsbegriff, der in ihren Köpfen rumort, und dazu kommen diese Schlagworte der Partei, die immer wieder ins Gehirn träufeln und dort eine greuliche Verheerung anrichten. Berauschenden Giften gleichen sie und wirken wie diese auf jeden für solche Gifte Empfänglichen. Da will man denn kurzerhand umstürzen, niedertreten, was am Bestehenden festhält, und zunächst einmal gründlich zerstören. Was dann folgt, macht diesen Leuten wenig Kopfzerbrechen. Die Herrschaft des Proletariats, die kommunistische Gesellschaftsform, menschenwürdige Daseinsbedingungen, das ist's, was man schaffen will. Vom Recht ist keine Rede mehr. Aber daß es ohne Recht nicht geht, das würde ihnen der Sowjetstaat sagen können. Doch sie sind und bleiben unbelehrbar. Die Sowjetherrlichkeit ist ihnen ja das Ideal. Diesen hoffnungslos der Selbstvernichtung Zutreibenden scheint aber noch eine andere Gruppe nahe zu stehen, keine Partei, nicht einmal ein Bund, ein Orden oder dergleichen, aber selbstbewußte Deutsche. Diese möchten wohl auch am liebsten kurzen Prozeß machen mit diesem durch und durch verlogenen Staatsgebilde, das man jetzt „Deutsches Reich“ nennt. Aber sie sind bedächtige, lebens- und menschenkundige Leute. Sie fühlen die große Verantwortung für sie, wenn sie allendlich eingreifen müssen, und warten die rechte Stunde ab. Warum aber verneinen sie diese neue Staatsform mit den Farben des wilden Jahres 1848, und was wollen sie? Die Beantwortung dieser Frage zeigt zugleich die abgrundtiefe Verschiedenheit der beiden Gruppen oder Richtungen. Diese Letztbezeichneten verneinen die dermalige Staatsform, weil sie in Wahrheit keine Gewähr für einen Rechtsstaat bietet, und gerade diesen Rechtsstaat wollen sie. Er ist ihr noch unerreichtes Ideal. Denn auch das, was man vor dem Weltkriege „Rechtsstaat“ nannte, war noch himmelweit davon entfernt, ein Staat des Rechtes genannt zu werden. Wohl hat sich das Staatsgebilde des neuen Deutschen Reiches im ganzen wie im einzelnen deutlich genug von dem autokratisch geleiteten Polizeistaate und mehr noch vom Feudalstaate abgehoben. Aber von diesen beiden Staatsformen blieb noch genug am neuen Rechtsstaate haften. Und nun im Arbeiterstaate gibt es wiederum Einzelheiten, welche an den antiken Sklavenstaat erinnern. Allein alles das wäre dem Ausbau eines wirklichen Rechtsstaates nicht hinderlich gewesen. Dagegen ist bei der jetzigen parlamentaristischen Regierungsweise keine Möglichkeit mehr gegeben, den Rechtsstaat schrittweise zu verwirklichen. Das Lottospiel der Stimmen bietet keine Gewähr dafür, daß die Stimme der Rechtlichkeit durchdringt. Aus der Lüge der Parteiprogramme führt kein Weg zur Wahrheit und zum Recht, das nur auf Wahrheit gegründet ist.

Deshalb erübrigt nur ein völliger Neubau des Staates. Wer diesen will, muß auf Beseitigung des bestehenden Staates sinnen. Hat er dazu ein Recht, ein Recht zur Selbsthilfe? Der Gedanke des Rechtsstaates gipfelt doch gerade in der Beseitigung der Selbsthilfe durch Rechtsschutz, im Wirtschaftsleben durch die Entscheidung der Gerichte und die sonstige Rechtspflege, im sozialen Leben durch die Verfassung, die Sozialgesetzgebung und das Strafrecht. Der alte Germane mußte sich sein Recht selbst erkämpfen, und wenn er einen Richterspruch zu seinen Gunsten erwirkt hatte, mußte er diesen Spruch selbst vollstrecken, und nicht einmal Stellvertretung war zulässig. Das alles will der Rechtsstaat dem einzelnen abnehmen durch die Rechts- und Staatsanwaltschaft und durch zahllose andere Einrichtungen. Obwohl nun hierbei der Wille weit hinter dem Können zurückgeblieben ist, könnte dennoch durch Reformen noch vielen Mängeln abgeholfen werden, insbesondere durch eine gerechte Gesetzgebung. Aber weit wichtiger als das Wohl des einzelnen ist doch das der Gesamtheit, welche nicht nur die Summe der einzelnen ist, sondern ihre eigenen Belange hat. Diese zu schützen, wäre die Haupt-

Judenherrschaft in England

Unsere sogenannte Regierung verkündet es als Sieg ihrer „Politik“, und der Durchschnittsdeutsche freut sich ungetrübt darüber, wenn Lloyd George aus geschäftlichen Rücksichten in manchen Fragen anderer Meinung ist als seine Freunde jenseits des Kanals. Daß Lloyd George nur der Strohmann des Judentums ist, verschweigt natürlich die gesamte Presse von rechts bis links. Aus seinen innigen Beziehungen zum Judentum macht Lloyd George insofern kein Hehl, als er stets schon rein äußerlich zeigt, wie eng er mit den Vertretern dieser Rasse verbunden ist. So war er während der Friedenskonferenz der Gast eines Pariser Juden, der jetzt den schönen Namen Lord Michelham führt. In England empfing er die französischen Minister und Marschälle bei dem Juden Sassoon, seinem vertrautesten politischen Ratgeber, ohne dessen Zustimmung er nichts unternimmt. In Cannes wohnte der erste englische Minister beim Juden Stern. Eine englische Zeitung versuchte diese Tatsache dadurch zu entschuldigen, daß die Juden die einzigen seien, die reich genug wären, eine solche hohe Persönlichkeit standesgemäß zu behandeln. Es gibt dafür aber nur eine Erklärung: Lloyd George ist der ergebene Diener der internationalen Finanzjuden! Als am 27. Januar in der Westminster-Kathedrale in London der katholische Bischof Buff eine Trauermesse zu Ehren des verstorbenen Papstes abhielt, war das diplomatische Korps fast vollzählig erschienen. Lloyd George aber ließ sich durch seinen Juden Sassoon vertreten! Also ein Jude repräsentiert die Regierung Großbritanniens bei dem Trauergottesdienst zu Ehren des Papstes. Eine frechere Herausforderung der katholischen Kirche ist wohl nicht möglich gewesen.

Der „Daily Telegraph“ des Lord Burnham — der edle Lord ist ein Jude Lawson — veröffentlichte am 4. Januar mit Stolz das Ergebnis des jüdischen Sieges unter der Überschrift „Das englische Judentum im Jahre 1921“, ein denkwürdiges Jahr: „In jeder Hinsicht wird das Jahr 1921 eines der glänzendsten in der Geschichte des englischen Judentums sein ...“ Es folgen die Aufzählung und die Verherrlichung der erreichten Erfolge: Rufus Isaaks, Vizekönig von Indien; Herbert Samuel, Oberkommissar in Palästina; Edwin Montagu, Gesandter Indiens; Alfred Mond, Gesundheitsminister (in Frankreich ist der Jude Strauß „Gesundheits“minister); Harry Samuel, Philipp Magnus, Samuel Samuel, Lionel v. Rothschild, Philipp Sassoon, Stadträte; Lord Bearstede (Markus Samuel) im Oberhaus. S. Glückstein, Bürgermeister von Westminster; Davis, Oberbürgermeister von Birmingham; Percy Simmons, Präsident des Londoner Landrates; hervorragender Erfolg (gute Reklame) des Herrn Salomon J. Salomon in der Kunst (!?), des Lucien Wolf in der Literatur, des Herrn Henriquez in der Verwaltung usw. Die Wege haben drei mächtige Vereine geebnet, der jüdische Abgeordnetenbund, die Englisch-Jüdische Vereinigung und die Liga der britischen Juden. Außerdem haben der Großrabbi Herz und sein Gehilfe Albert Wolf eine Weltreise gemacht und die britischen Dominions im Namen des Kahals besichtigt. Man muß die Pressemeldungen hierüber gelesen haben, um sich einen Begriff von der Unterwürfigkeit der Engländer unter das Judenjoch machen zu können. So schreibt „Jewish Guardian“ vom 30. 12. 21: „... Niemals hat man einer jüdischen Abordnung mehr Ehren und einen würdigeren Empfang von seiten der Behörden erwiesen. Gouverneure, erste Minister, Generale, Bischöfe und Würdenträger anderer Kirchen, Oberbürgermeister und Bürgermeister oder zivile Würdenträger, Richter und Rektoren von Universitäten wetteiferten in Ehrerbietung ...“

Auch die Bolschewisten fühlen sich in England wie zu Hause. So war Tschitscherin der Gast des Lord Sheffield, der seine Tochter an einen der Juden Samuel verheiratet hat, den Silberkönigen, die den Namen Montagu angenommen haben, um in die englische Regierung eintreten zu können. Als die Polizei Tschitscherin verhaftet hatte, setzte sich Lord Sheffield im Oberhaus für den Bolschewisten ein, worauf ihn auch die Regierung freiließ.

Manches ist wirklich sehr faul bei diesen Würdenträgern, wie die amtliche Heiratsurkunde des Herrn Rufus Daniel Isaaks mit Alice Kohn, heute Lord und Lady Reading, Vizekönig und Vizekönigin von Indien, beweist. Nach dieser Heiratsurkunde hatte dieser Jude im Jahre 1887 ein Alter von 26 Jahren. Um 1879 an der Bank Rock Exchange zugelassen zu werden, hatte sich Isaaks für volljährig ausgegeben. Er konnte also 1879 noch nicht 21 Jahre haben, wenn er 1887 26 Jahre alt war, wie aus seinen Papieren festgestellt worden war. Folglich hat er eine Fälschung begangen. So ist der indische Vizekönig nicht nur einer der Spitzbuben des Panama-Markoni-Skandals, sondern auch regelrechter Betrüger. Das Schönste an der ganzen Geschichte ist, daß der Jude Blumenfeld im „Daily Expreß“ vom 29. 7. 13 diesen Betrug veröffentlichte als Isaaks zum Obersten Gerichtsbeamten Englands ernannt worden war.

Den Gipfel der englischen Kriecherei vor dem Judentum stellt aber die Rede dar, die der Führer der zur Washingtoner Konferenz entsandten britischen Abordnung, Balfour, gehalten hatte. Am 13. Januar fand nämlich in der englischen Gesandtschaft in Washington ein Empfang der führenden amerikanischen Zionisten statt, an dem auch Vertreter der Orden Bnei Zion, Brith Schalom, der Hadassa des amerikanischen jüdischen Kongresses und der American-Palästina-Company, teilnahmen. Verschiedene Reden wurden gehalten, worauf Rabbi Lewenthal Balfour einen hebräischen Segen erteilte. Der englische Minister antwortete: „Ich bin tief gerührt von dem, was hier von Rabbi Lewenthal gesagt wurde, wie auch von den anderen hier gehaltenen Reden. Leider konnte ich die Worte nicht verstehen, die hier in jener Sprache gesagt wurden, durch welche der Menschheit soviel Weisheit übermittelt worden ist, weil ich leider nicht zu jenen gehöre, die Gelegenheit hatten, hebräische Gelehrte zu werden. (So spricht ein englischer Minister!) Nichtsdestoweniger verstand ich den Sinn der Rede und kann versichern, daß sie tief in mein Herz eingedrungen ist. Ich will Herrn Sokolow für alles danken, was er über die Arbeit (Errichtung des Judenstaates Palästina) gesagt hat, an dem ich so bescheiden mitgewirkt habe usw., geht das Gemauschel spaltenlang fort. Die Rede schließt: „Ich bin glücklich, daß an der Arbeit, an der ich großes Interesse nehme, Männer teilnehmen, die in der Lage und auch entschlossen sind, Opfer zu bringen und bereit sind mitzuwirken an der Arbeit, um das erste Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts in der Weltgeschichte unvergeßlich zu machen.“

Internationale verwandschaftliche Beziehungen der jüdischen Hochfinanz

Von Dr. Heinrich Pudor.

4. Berliner Juden.

(Fortsetzung.)

Über die Rathenaus und ihre A.-E.-G. ist so viel zu sagen, daß wir an besonderer Stelle darauf eingehen müssen, Herr K. Rohm, H. des Leuchtturms, hat uns zugesagt, ein Flugblatt darüber herauszubringen. Aber auch die Bergmann-Elektrizitätswerke-A.-G., Berlin, Seestr., sind stark verjudet, wie man sich aus folgenden Angaben überzeugen kann. Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Kommerzienrat, Generalkonsul Rud. von Koch, der zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank ist. Es ist in diesem Falle ziemlich gleichgültig, ob dieser von Koch jüdisches Blut, z. B. eine jüdische Mutter hat oder nicht, denn die Deutsche Bank ist sicherlich rein jüdisch. Und noch zwei weitere von Koch sind Direktoren der Deutschen Bank: Dr. F. von Koch in Elberfeld und B. von Koch in Dresden. Zudem sitzt auch der dem Vorstande der Deutschen Bank angehörige Dr. G. von Stauß (vermutlich eine Variante des bekannten jüdischen Namens Strauß) im Aufsichtsrat der Bergmann-Elektrizitätswerke. Und außer der Deutschen Bank ist die Diskontogesellschaft bei diesen Werken vertreten durch den Geschäftsinhaber derselben, Bankier Franz Urbig, siebzehnfacher Aufsichtsrat, Mitglied der Kreditkommission bei der Reichsregierung. Generaldirektor der Bergmann-Elektrizitätswerke aber ist der Berliner Jude Berliner, Mitglied einer weiteren „prominenten“ Berliner Geldjudenfamilie. L. Berliner ist stellvertretender Direktor der Berliner Kommerz- und Privatbank. Diese Judenfamilie Berliner kann sich etwas darauf einbilden, daß sie die deutsche Telephonfabrikation zu einem jüdischen Monopol gemacht hat, nachdem die Telegraphenbureaus auf der ganzen Erde, das deutsche Elektrizitätswesen, der deutsche Metallhandel usw. längst in Judenhände gekommen sind. Den Ausgangspunkt dieses jüdischen Telephonmonopols bildete die Telephonfabrik J. Berliner, die heute firmiert: Telephonfabrik, A.-G., vorm. J. Berliner, Hannover. Aus Hannover stammt nämlich auch der amerikanische Erfinder Emil Berliner, der sich dort als Erfinder des Grammophon und des Mikrophon und Telephon-Transmitter (deshalb in Amerika „the Berliner“ genannt, nicht nach der Stadt Berlin, sondern nach dem Juden Berliner) aufspielt. Bei dieser Gelegenheit möge einiges über die „berühmte“ große Rabbinerfamilie Berlin in Breslau und Hamburg gesagt sein, die aus Ungarn stammt und von der die Berliner einen Zweig darstellen. Sie sind eng verwandt mit den Picks.

Der erste jüdische Stifter in Bayern war Mor Berlin, Oberlandesgerichtsrat in Nürnberg. Der erste jüdische Rechtsanwalt in Bayern war Samuel Berlin, intimer Freund des Ministerpräsidenten Dr. Freiherr von Lutz, der ihn zum Hofrat machte. Die genannte Telephonfabrik J. Berliner war zugleich im Besitze des gesamten Aktienkapitals der Bayerischen Telephonfabrik, A.-G., München, und sie geht jetzt zwecks Durchführung einer Wirtschaftsgemeinschaft für das gesamte Gebiet der Fernmeldetechnik, einschließlich Radiotelegraphie und Hochfrequenztechnik, soweit es sich (zunächst) um Bayern handelt, mit C. Lorenz, A.-G., zusammen. Sie hat aber auch im übrigen Reiche eine ganze Reihe großer Installationswerkstätten in ihre Hand gebracht und in Aktiengesellschaften umgewandelt, so die Westdeutsche Telephonfabrik in Düsseldorf, die Märkische Telephonfabrik in Berlin, die Norddeutsche Telephonfabrik in Hamburg, die Süddeutsche Telephonfabrik in Mannheim. Über die erwähnte Bayerische Telephonfabrik-A.-G. werden einige nähere Angaben erwünscht sein: die neuen Aktien wurden Anfang Februar dieses Jahres von der Kommerz- und Privatbank, A.-G., Berlin, übernommen, deren Direktor, Kurt Sobernheim, Berlin, Vorsitzender des A.-R. der Bayerischen Telephonfabrik ist. Außerdem gehören dem A.-R. der Bayerischen Telephonfabrik an: Geh. Rat Ad. Pöhlmann, als Vertreter der Bayerischen Vereinsbank München, welche letztere zu den Berliner Juden Berliner und Friedmann in gewissen, gleich zu erörternden Beziehungen steht, Großindustrieller Julius Drucker, Brünn (die Drucker sind mit den Warburgs verschwägert), Dr. Ludwig Weil, München, Generaldirektor Dr. Richard Friedmann und Bankier Ernst Ludwig Friedmann, beide in Berlin. Hiervon zunächst ein Wort über die von uns bisher noch nicht erwähnte, weitverzweigte Geldjudenfamilien Weil-Weyl-Weill. Siegm. Weil, Berlin, ist persönlich haftender Gesellschafter der Genossenschaftsbank Soergel, Parrisius[1] & Co. und Inhaber des von der Mitteldeutschen Kreditbank (vordem besprochen) kommanditierten Bankhauses Siegm. Weil, Berlin, das in Tübingen, Hechingen, Sigmaringen Zweiggeschäfte hat. Benno Weil, Mannheim, ist im Vorstande der Süddeutschen Diskontogesellschaft. Richard Weil hat in Ludwigshafen ein Bankgeschäft, das im Oktober 1921 seine Zahlungen einstellte (Valutaspekulationen). N. L. Weill & Co. firmiert ein Bankhaus in Frankfurt a. M. Dr. George Weill, Freimaurer, war Mitglied des Reichstages vor dem Zusammenbruch für Elsaß-Lothringen und trat unmittelbar nach dem Zusammenbruch für die Reorganisation Elsaß-Lothringens nach dem Zustand vor 1871 ein (vgl. K. Heise, S. 152). Federico Weil ist Vizepräsident des A.-R. der Banca Commerciale Italiana in Mailand. Und David Weill ist Mitinhaber des mit den Speyers alliierten und mit den Warburgs versippten Pariser Bankhauses Lazard Frères & Cie., das in Neuyork ein Zweiggeschäft hat, und hier, in Amerika, gehörte ein Jakob Weill zu den Finanzjuden, die die Mittel zur Wahl Wilsons aufbrachten.

Immer wieder muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Juden als Hebräer eigentlich alle einen hebräischen Namen haben, viele außerdem einen ostjüdischen (russisch-polnisch-galizischen); sie sind auch in diesem Sinne Dreifußjuden oder Drillingsjuden, wie jener österreichische Hebraist H. Wassertrilling, ostjüdisch Vossowiter, hebräisch Zebi Hirsch ben Nathan. Kürzlich berichtete die „Allg. Z. d. Jud.“ vom 3. März 1922 nach der „Neuyorker Staatszeitung“, daß die Söhne des deutschamerikanischen Juden Moses Melamed (hebr.) sich westjüdisch der eine Samuel Miller, der andere Alfred Aden nennen. Und da die Juden auch ihre Namen verschieben und verändern, muß man annehmen, daß auch die mit den Speyers verbundenen, vorerwähnten Ellissen (Rich. Ellissen hat ein Bankhaus in Wien) einen Zweig der alten judenglischen Bankierfamilie Ellis bilden. Wellington wurde 1814 bei seinem Kampf gegen Napoleon durch das Bankhaus Ellis & Co., London, unterstützt, das die englische Regierungsanleihe von 34 Millionen Pfund Sterling aufnahm. Im Februar d. J. brach diese Bankfirma infolge des Krachs der City Equitable Fire Insurance Co. zusammen; daß die Speyer-Ellissen ihnen nicht beisprangen, wird „finanztechnische“ Gründe haben. Übrigens ist S. H. Ellis Kassierer der Great Synagogue, London, und Sir Barrow Hilbert Ellis, der lange Jahre in Bombay in Staatsdienst war, Vizepräsident der United Synagogue und der Anglo Jewish Association.

Das mehrfach erwähnte Frankfurter Bankhaus firmiert also Lazard-Speyer-Ellissen. Wenn man Lazard so schreibt, wie man es spricht[1], kommt man auf Lassar — vgl. den „be-

[1] Eine beachtenswerte Latinisierung des jüdischen Namens Parisser, während Soergel eine Variante des im vorigen Abschnitt erwähnten Namens Sorgl ist, ähnlich Jüdell, Mozell, Messel (der „berühmte“ Architekt), Fischel, Löbell, Friedel usw.

[1] Ein anderes, hierher gehöriges Beispiel ist der Name des Hon. H. A. Lawrence (= Lorenz), des Direktors der Anglo-Austrian-Bank, London. Vgl. auch die bekannte Wiesbadener Firma Laurens und den französischen Botschafter in Berlin, Charles Laurent, der die Verhandlungen bei der Übernahme der Aktienmajorität der Hohenlohe-Werke seitens einer französischen Gruppe unter Führung des

Die Gegenrechnung

Monatsschrift für Wahrheit und Recht

Der Verlag „Deutsche Eiche“, München 2 SW, führt in fortlaufenden Heften einen zähen und verdienstvollen **Kampf** gegen die **Schuldlüge**. Unterstützt „**Die Gegenrechnung**“ durch den Bezug der Hefte und stellt sie euren Freunden und Bekannten im **Ausland** zu!

aufgabe des Rechtsstaates, wenn er diesen Namen verdient. Aber gerade hier versagte der neue Staat nach dem großen Kriege völlig. Wir haben keinen Schutz vor Ausbeutung, Ausraubung, Aushungerung, Verelendung. Im Gegenteil, der Staat übernimmt selbst die Rolle des Ausbeuters, und die regierenden Kreise denken nicht an den Schutz der Allgemeinheit. Wohl ist unsere Lage an sich schon zum Verzweifeln. Wenn aber in solcher Weise Verrat am Volke geübt wird, wie dies seit Jahren geschieht, dann ist Selbsthilfe der Allgemeinheit das Gebot der Stunde. Da nun aber diese Allgemeinheit niemals Träger eines zusammenfassenden Bewußtseins ist, so erübrigt nichts, als daß diejenigen Einzelnen der völkischen Gesamtheit, welche die Lage erkennen und sich zu dem Schritte der Selbsthilfe berufen fühlen, diese betätigen, sobald der geeignete Augenblick gekommen ist. Wessen Wille nur von rechtlicher Gesinnung getragen, nur auf Verwirklichung des Rechtes gerichtet ist, kann niemals jenen politischen Abenteurern und Strauchdieben gleichgestellt werden, welche, wie Eisner u. a. m., in den letzten Jahren die Führung an sich gerissen hatten. Freilich, wenn es mißlingt, was zu geschehen hätte, dann ist der Tatbestand des Hochverrats für den Staatsanwalt so sicher gegeben, wie er im Falle des Gelingens nicht gegeben wäre. Aber solche Bedenken hat nur der Unentschlossene, und unentschlossen ist nur der Unberufene. Wer den Ruf in sich vernimmt, die große Neuschöpfung vorzunehmen, der wird ihn auch zur rechten Zeit vernehmen, und so keinen Fehlgriff, keinen Fehlschritt tun.

Gelingen aber wird die Verwirklichung des Rechtsstaates sicher einmal, denn dieser ist ja bereits keimhaft in uns vorhanden. Zur rechten Stunde wird er sich entfalten. Der Sonnenblick aber, der den Keim zum Leben erweckt, heißt Selbsthilfe um des Rechtes willen.

Rig.

Französische Hetze in der welschen Schweiz

1. „Gazette de Lausanne“ und „Journal de Genève“.

Will man in Form eines Aufsatzes eine allgemeine Schilderung der französischen Hetze in der Westschweiz geben, so kann man aus der Menge der Bände füllenden Tatsachen und der Masse der erdrückenden Beweise nur die Hauptzentren dieser deutschfeindlichen Bewegung in den Kreis der Betrachtung ziehen und selbst davon nur kraft einzelner bezeichnender Tatsachen ein klares Bild zu entwerfen versuchen.

Das Organ, das die Hauptschuld an der Deutschenhetze trägt, die Zeitung, die sich oft französischer gebärdet als selbst die chauvinistische Presse Frankreichs, ist die „Gazette de Lausanne“. Schon lange vor dem Kriege hatte die von der französischen Regierung mit ungeheuren Geldmitteln in Szene gesetzte Hetze ihre Früchte gezeitigt, die, wohlgemerkt, keinen Unterschied zwischen Reichsdeutschen, Deutschösterreichern und Deutschschweizern macht. Z. B. berichtete am 5. Dezember 1909 ein Herr Chavannes in einem Aufsatz über die Zustände im Kanton Tessin wörtlich folgendes: „Die drei Krebsschäden dieses Landes sind die Prozeßsucht, die Politik und die Deutschen.“ Am Anfang des Krieges brachte dieses Blatt die auf Hetzschriften fußende, natürlich frei erfundene Nachricht, im Genfer Kantonsspital lägen geflüchtete Belgier, denen deutsche Soldaten die Augen ausgestochen hätten. Alle von den französischen Zeitungen erfundenen Schauergeschichten werden brühwarm den Lesern vorgesetzt. Mit welcher Gewissenlosigkeit diese Zeitung, an deren Spitze ein Nationalrat und eidgenössischer Oberst steht, vorgeht, mag nachstehende „Erklärung“ der deutschen Erfolge auf dem polnischen Kriegsschauplatze erläutern: „... Die nächtlichen Sturmangriffe der Deutschen werden stets doppelt und dreifach angesetzt. Die Soldaten des ersten Treffens halten sich häufig bei der Hand, da man ihnen vor dem Gefecht Alkohol oder Äther zu trinken gibt, so daß die erste Aufgabe der russischen Ärzte darin besteht, die betrunkenen Gefangenen wieder zu ernüchtern. Diese Leute sind nur dem Namen nach Soldaten, ihre eigentliche Aufgabe erhellt sich aus folgendem: Nach dem vorbereitenden Angriff, dessen Zweck offenbar nur darin besteht, die Munitionsvorräte des Feindes zu erschöpfen, beginnt der Hauptsturm. Gediente Soldaten kriechen vorwärts, wobei sie jede Deckung und mit Vorliebe die Körper ihrer gefallenen oder betrunkenen Kameraden als Schild benutzen.“

Einige Tage später lesen wir, der bayerische Kronprinz habe das dem schweizerischen Zigarrenfabrikanten Burrus gehörende Schloß Blamont in Frankreich, wo er in Quartier gelegen, vollständig ausplündern und niederbrennen, den Besitzer aber mit dem Tode bedrohen lassen.

Bei der in der welschen Schweiz durchweg vorherrschenden „weitherzigen“ Auffassung der Neutralität, ist es deshalb auch nicht verwunderlich, daß ein staatlich angestellter Hochschullehrer, der Professor Reiß, das Bedürfnis empfand, als Kriegsberichterstatter der „Gazette de Lausanne“ nach Serbien zu gehen und mit „echtem photographischen Beweismaterial“ ausgestattete Berichte zu veröffentlichen, in denen er die österreichischen Soldaten ganz allgemein des Mordes, der Brandstiftung, schwerer Sittlichkeitsverbrechen und anderer Schandtaten beschuldigt. Obwohl die österreichische Regierung sämtliche Lügen durch Gegenbeweise widerlegt hatte, ist nie eine Berichtigung erschienen.

Tatkräftige Unterstützung fanden die Franzosen, abgesehen von kleineren, aber einflußreichen, mit französischem Kapital arbeitenden Zeitungen, vom „Journal de Genève“, dem vornehmsten und angesehensten Blatt der Westschweiz. Ist der Ton dieses Blattes auch eine kleine Schattierung anständiger als der seiner Lausanner Schwester, so tragen doch alle Nachrichten über Deutschland den Stempel der Lüge. Selbstverständlich trägt an dem Kriege ausschließlich Deutschland mit seinem „Imperialismus und Militarismus“ die Schuld; die in Frankreich seit Jahren betriebene Revanchepolitik, das Streben Englands, mit allen, selbst den bedenklichsten Mitteln seine absolute Seeherrschaft zu erhalten, die den ganzen europäischen Westen gleichmäßig bedrohende Ausdehnungspolitik Rußlands sind dem Genfer Blatte entweder gänzlich fremd oder dann „berechtigte Bestrebungen“, wie es ja auch den italienischen Irredentismus als aspirations légitimes bezeichnet hat. Entsprechend seiner den Pariser Boulevardblättern entlehnten politischen Anschauung schreibt das „Journal de Genève“: „Solange der preußische Militarismus über Deutschland herrscht, ist jede Verminderung der Rüstungen unmöglich“; oder bei anderer Gelegenheit: „Immer unmenschlicher führen die Deutschen den Krieg, den sie allein gewollt und zu der von ihnen bestimmten Stunde über Europa entfesselt haben.“ Weiterhin vergleicht Herr Albert Bonnard das deutsche Volk mit dem römischen Tyrannen Nero. Daß an der Zerstörung der im flandrischen und französischen Operationsgebiet gelegenen Städte und ihrer Kunstdenkmäler nur die deutsche „Barbarei“ Schuld trägt, versteht sich für die Schriftleitung des „neutralen“ „Journal de Genève“ von selbst. So schreibt der Militärkritiker des Blattes, Oberst Feyler, wörtlich: „Löwen, Dinant, Reims, Ypern, die Geschichte wird diese Erinnerungen an die deutsche Kultur des 20. Jahrhunderts bis in die fernsten Zeiten bewahren.“ In seiner blinden Parteinahme für die Sache der Vierverbandsmächte geht das „Journal de Genève“, das die deutsche Seekriegsführung einen „schamlosen Piratenkrieg“ nennt, sogar so weit, unter Fälschung offenkundiger und amtlich festgestellter Tatsachen alle von England und Frankreich gegen den Handel verübten Übergriffe schlankweg abzuleugnen und den englischen [illegible] das Zeugnis auszustellen, daß sie „die Grundsätze

rühmten" Berliner Mediziner Prof. Lassar. Lazard selbst ist natürlich eine jüdische Französierung von Lazarus. Die Lazarus sind mit den Warburgs verschwägert. Moritz Lazarus, der „berühmte" Begründer der Völkerpsychologie, stammte aus Filehne in Posen — danach würden wir es bei den Lazarus — Lassar — Lazard mit polnischen Juden zu tun haben. (Vgl. hierzu das Pariser Bankhaus Lazarus, Nordmann & Cie., das Londoner Bankhaus Lazard, Brothers and Co., das Neuyorker Bankhaus Lazard Frères und das Pariser Bankhaus Lazard Frères & Cie.)

Was nun die beiden Friedmanns im Aufsichtsamt der vorgenannten Bayerischen Telephonfabrik-A.-G. betrifft, so sei zunächst darauf aufmerksam gemacht, daß auch der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats der Berliner Notruf-A.-G. ein Dr. Friedmann ist. Die Firmierung dieser Gesellschaft „Notruf" (die übrigens unlängst geändert werden sollte) ist etwas auffallend, denn eine Verwechselung mit „Nothilfe" ist naheliegend. Wenn jemand bei Streikunruhen einen Notruf an die Nothilfe geben will, trifft er auf folgende Juden oder vielmehr Hebräer: Dr. Friedmann, Berlin, wiederum Bankdirektor Kurt Sobernheim, Harry Fuld, Frankfurt-Fulda, Justizrat Dr. B. Mühsam und Dr. Ernst Sabersky. Danach muß man annehmen, daß zwischen dieser Berliner Notruf-A.-G., der Bayerischen Telephonfabrik-A.-G. und der Kommerz- und Privatbank, einschließlich der Friedmanns und Sobernheims, recht rege Beziehungen walten, vielleicht darauf hinauslaufend, daß das deutsche Telephonmonopol in die Hände der Kommerz- und Privatbank gespielt werden soll oder schon in ihren Händen liegt. Aber auch die Bayerische Vereinsbank, München, gehört in diese Tafelrunde, denn das hier in Betracht kommende Berliner Bankhaus E. J. Friedmann & Co. ist eine Kommandite der Bayerischen Vereinsbank — deshalb sitzt eben auch der Geh.-Rat Pöhlmann von der Bayerischen Vereinsbank im Aufsichtsrat der Bayerischen Telephonfabrik, zusammen mit Ernst Ludwig Friedmann, der der Inhaber des Berliner Bankhauses E. J. Friedmann & Co. ist, neben Dr. Richard Friedmann, dem Generaldirektor! Die Friedmanns aber sind nach der Jüd. Encycl. verschwägert mit den Mendelssohns.

Daß auch die Telegraphenbureaus der ganzen Erde in jüdischen Händen sind, ist bekannt. Die überseeischen Kabel selbst werden in der Hauptsache in der Fabrik des W. Rathenau gemacht. Unsere beiden Kabel nach Amerika sind uns im Verlauf des Weltkrieges „weggefischt" worden. Im Januar d. J. sind über die Wiederherstellung des Kabelverkehrs Deutschland—Vereinigte Staaten Verhandlungen zwischen der Commercial Cable Co. und der Western Union Telegraph Co. geführt worden, an denen von deutscher Seite wiederum bekannte Berliner und Hamburger Geldjuden teilnahmen, nämlich Dr. G. Solmssen als persönlicher Haftgesellschafter der Diskontogesellschaft und Max Warburg und Dr. Melchior als Vertreter des Hamburg-Neuyorker Bankhauses Warburg. Zudem ist im Februar d. J. die Neue Deutsche Kabelgesellschaft, A.-G., Hamburg, gegründet worden, und zwar laut Vertrag vom 30. November 1921 zwischen der vorgenannten Western Union Telegraph Co., Neuyork, dem Hamburger Bankhause Warburg und — der deutschen Reichstelegraphenverwaltung, zwecks Legung eines neuen Kabels von Deutschland über die Azoren nach Neuyork. Im Aufsichtsrat dieser A.-G. ist die Diskontogesellschaft dreifach, das Bankhaus Warburg zweifach vertreten, außerdem der Freiherr von Oppenheim, Köln, und Schwabach-Bleichröder. Und auch der drahtlosen Telegraphie haben sich die Juden schon liebevoll angenommen, denn die Geschäftsführer der im Jahre 1911 gegr. Hochfrequenzmaschinen-A.-G. für drahtlose Telegraphie, Berlin, sind Emil Cohn und Rud. Goldschmidt, die ebenso wie die bekannten Geldjuden Sobernheim, Hagen, Held, Drucker (mit den Warburgs verschwägert) zu den Gründern gehören.

Generaldirektors Wehl von der Union Européenne Jude et Fin. in Paris förderte. Leiter der Verhandlungen war der Schwiegervater Stresemanns, Kammerpräsident Kleefeld.

(Fortsetzung folgt.)

Jugend und Auslandsdeutschtum

Vor kurzem hat der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung sich für die Pflege des großdeutschen Gedankens an den Schulen ausgesprochen. Er erklärt es geradezu für eine Pflicht der Jugend, all den vom Vaterland losgelösten Volksgenossen bei ihrem schweren Kampf in den Grenzmarken zu helfen. Ihre Aufgabe wäre es, an der Erhaltung der deutschen Art die Grenzer in weitestgehendem Maße zu unterstützen. Aufgabe der Schulen sei es, in jedem geeigneten Unterricht, namentlich aber im deutschen, geschichtlichen und erdkundlichen der abgetretenen Gebiete, der Grenzmarken überhaupt und auch der überseedeutschen zu gedenken. Auf diese Weise sollen bei den Schülern auf der einen Seite und bei den Grenzern und Auslandsdeutschen auf der anderen das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit geweckt und wachgehalten werden. Er weist dann im weiteren darauf hin, daß deutsche Kultur in den Grenzmarken und im Ausland am besten dadurch erhalten werden könnte, daß die bestehenden deutschen Schulen unterstützt und erhalten, ja nach Möglichkeit weitere neu eingerichtet werden. Der Minister hat deshalb die Erlaubnis erteilt, daß der Verein für das Deutschtum im Auslande durch entsprechende Vorträge an den Schulen Mitglieder unter den älteren Schülern und Schülerinnen werben darf.

Es ist dies das erstemal, daß von Regierungsseite aus in der Nachrevolutionszeit darauf hingewiesen wird, daß wir als Deutsche unter keinen Umständen Verzicht leisten dürfen auf unsere kulturpolitischen Aufgaben, die uns gerade jetzt gestellt sind. Es ist ja an sich ganz selbstverständlich, daß ein inniger Zusammenhang zwischen dem Reich und den Grenzmarken erhalten bleiben muß — es sollte jedenfalls im Bewußtsein jedes Reichsdeutschen tief und fest verankert sein, daß deutsch sein mehr heißt, als deutscher Staatsbürger zu sein.

Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft und haben gerade erst durch den hinter uns liegenden Krieg die festen Bande des Blutes gespürt, die alle Deutschen miteinander verbinden. Bedauerlich ist es, daß aber bei einem großen Teil des deutschen Volkes — und auch bei den heutigen Machthabern — der Sinn für diese Aufgaben einfach fehlt oder von den kleinlichen Sorgen des Alltags erstickt wird. Um so begrüßenswerter ist es daher, wenn sich die Schule mit ihrem so sehr großen Wirkungskreis hinter diese Aufgabe stellt.

In diesem Zusammenhange mag darauf hingewiesen werden, daß neben den Arbeiten der im Deutschen Schutzbund zusammengefaßten Älteren-Verbände, die sich für die Erhaltung und Erstarkung des Deutschtums in den Grenzgebieten einsetzen, schon allgemein jetzt in der Jugend sich wachsendes Verständnis für unsere Grenz- und Auslandsarbeit zeigt. Es ist der Krieg gewesen, der die älteren Führer aus der Jugendbewegung auf den verschiedenen Vormärschen in rein deutsche Gebiete inmitten fremder Umgebung führte und sie hier stärker denn je die Verbundenheit durch das gleiche Blut erleben ließ. Sie haben dann nach Beendigung des Krieges es mit als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, sich mit den Fragen des Auslandsdeutschtums eingehend zu beschäftigen und diese Gedanken in reichem Maße in die Jugendbewegung hineinzutragen.

So entstanden unter Führung völkischer Studenten Grenz- und Auslandsämter, die allmählich zu amtlichen Stellen des Deutschen Hochschulringes ausgebaut wurden. Ihre Aufgabe sahen sie darin, Fühlung mit deutschen Studierenden in den Universitäten unserer Grenz- und Nachbarländer zu bekommen, nach Möglichkeit nicht nur einen Gedanken- und Erfahrungsaustausch, sondern einen wechselseitigen persönlichen Austausch Studierender durchzuführen.

So hat z. B. der Hochschulring eine stattliche Anzahl von Vertretern zu der Pfingsttagung des Deutschen Schutzbundes nach Klagenfurt geschickt und die Fäden, die hier geknüpft worden sind, hat er durch eine weitere Studienreise im Sommer noch mehr gefestigt. Studierende der verschiedensten Hochschulen des Reiches sind zusammen nach Siebenbürgen und in das Banat gefahren, um an den dortigen Hochschulwochen teilzunehmen.

Parallel dieser studentischen Arbeit hat es das Grenz- und Auslandsamt der Deutschen Jugendgemeinschaft seit Jahren übernommen, gleiche Arbeit für die nichtstudierende Jugend jenseits der Reichsgrenzen zu leisten. Hier handelt es sich in der Hauptsache darum, daß bestehende Jugendgruppen und -bünde durch Zusendung von Zeitschriften und Büchern unterstützt werden, daß Jugendheime durch Büchereien ausgebaut und durch geldliche Unterstützung zum Teil gehalten werden. In einem Fall ist sogar möglich gewesen, während des sehr schweren Winters 1919—20 in Graz einer stattlichen Anzahl von Pfadfindern die dort eingebürgerte Nachmittagsausspeisung durch eine namhafte Geldsumme zu ermöglichen. Die Hauptaufgabe sieht das Arbeitsamt aber darin, daß auch hier der persönliche Verkehr hergestellt wird. So findet in jedem Sommer ein Ferienaustausch von Jugendführern statt, in der Art, daß eine Anzahl Führer der verschiedensten Jugendkreise aus den Grenzmarken auf einige Wochen ins Reich kommen, hier in verschiedenen Landschaften aufgenommen werden und nach Möglichkeit an einigen Tagungen, die ja im Sommer regelmäßig stattfinden, teilnehmen. Die durch den Austausch entstehenden Kosten, namentlich die der Eisenbahnfahrten, sind durch Gelder, die das Arbeitsamt bisher zusammengebracht hat, gedeckt worden. Sie reichten auch dazu aus, in jedem Jahre einigen reichsdeutschen Führern den Besuch der südöstlichsten Grenzmarken zu ermöglichen.

Es sind das alles natürlich erst Anfänge. Wenn man aber bedenkt, daß noch vor dem Kriege kaum breitere Kreise der Jugendbewegung sich mit Fragen der Grenzmarken befaßt haben, so bedeutet diese Arbeit bereits einen ganz energischen Schritt vorwärts, und es ist wünschenswert, daß sie weiter ausgebaut wird, daß ihr namentlich auch überall von den in gleicher Weise arbeitenden Älteren-Verbänden die entsprechende Hilfe und Unterstützung zuteil wird.

Wenn die Arbeit in dieser Weise fortgeht, so kann man wohl der Hoffnung Ausdruck geben, daß mit dem wachsenden Verständnis der Jugend für diese Fragen auch das gesamte deutsche Volk in immer stärkerem Maße Sinn für das Grenz- und Auslandsdeutschtum bekommt. So kann man wohl mit einiger Aussicht auf Erfolg damit rechnen, daß wir zu der von uns allen erstrebten Volksgemeinschaft aller Deutschen zusammenwachsen und schließlich auch einmal die staatliche Form dafür in einem starken Deutschen Reich finden werden.

Ernst Kempfer.

An alle nationalen Verbände!

Am 3. d. M. wurden in Düsseldorf 19 Mitglieder des Stahlhelmbundes, unserer Schwesterorganisation, vom dortigen Kriegsgericht wegen „Gefährdung der Besatzung" zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt.

Wie Ihnen bekannt sein wird, ist der „Stahlhelm" lediglich ein Zusammenschluß aller Frontsoldaten auf nationaler Grundlage, ohne jede militärische Tendenz, auf dem Boden der Verfassung stehend.

Nun hatten sich im vergangenen Jahre eine Anzahl Mitglieder bereiterklärt, dem Aufrufe der Regierung folgend, dem oberschlesischen Selbstschutz beizutreten und mit den Franzosen zusammen den polnischen Banden entgegenzutreten. Dies wird ihnen jetzt von denselben Franzosen als „militärische Organisation, die die Besatzung gefährdet", als schweres Verbrechen vorgehalten und entsprechend geahndet.

Der deutsche Rechtsanwalt Herr Dr. Groos, Düsseldorf, der dem französischen Verteidiger, Leclercq, beigegeben war, wurde einige Tage vor Beginn der Hauptverhandlung beim deutschen Regierungspräsidenten in Düsseldorf zwecks energischen Eingreifens und voller Unterstützung vorstellig. Der Regierungspräsident war genau darüber unterrichtet, daß die deutsche Regierung im vergangenen Jahre (Mai/Juni) offiziell Freiwillige suchte. Er war also unbedingt verpflichtet, für seine Untertanen und Landsleute einzustehen. Anstatt dessen verwies er Herrn Dr. Groos an einige seiner Regierungsräte. Diese wiederum erklärten Herrn Dr. Groos, ohne Genehmigung des Ministeriums des Innern nicht eingreifen zu können. So kam der Verhandlungstag, und die Verteidigung stand ohne Beweismaterial da. Für die Verurteilung ist die Regierung voll und ganz verantwortlich zu machen! Zuerst ruft sie die deutschen Freiwilligen zum Schutze Oberschlesiens zu Hilfe, um späterhin, als sie aus demselben Grunde von französischen Richtern abgeurteilt werden, sie schmählich im Stich zu lassen, denn der kameradschaftliche Zusammenschluß der Düsseldorfer Frontsoldaten war nur auf direkte Veranlassung des den oberschlesischen Selbstschutz befehligenden, von der Regierung und von der eingesetzten interalliierten Kommission beglaubigten, Generals Höfer erfolgt, der in den Monaten Juli, August und September einen neuen Polenaufstand befürchtete.

Das Verhalten der Regierung ist einfach ungeheuerlich!! — Außer den 19 Verurteilungen sind noch 20 weitere Ausweisungen (mit einem Monat Gefängnis) erfolgt. — Die Stahlhelmkameraden sind alle aus völlig unbemittelten Kreisen, sind zum großen Teil die Ernährer ihrer Familien, die jetzt bitterster Not entgegengehen!

Der Landesverband Sachsen des „Verbandes nationalgesinnter Soldaten" bittet Sie, für weiteste Verbreitung dieses unerhörten Falles Sorge zu tragen. Die nationalen Verbände sollen endlich einmal aus ihrer Defensive herauskommen und sich mit größerer Energie für ihre Vorkämpfer einsetzen. Die Regierung muß die Gefangenen befreien und die Familien entschädigen. Wir nationalen Soldaten erwarten Ihre tatkräftige Mitarbeit.

Landesverband Sachsen
des Verbandes nationalgesinnter Soldaten.

Spenden für die Angehörigen: G. Brandt — für Düsseldorfer Postscheckamt: Dresden 20480.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Sektionsversammlungen

Jeden Montag, abends 8 Uhr, Sprechabend im Högerbräu, Tal.

Jeden Dienstag: Haidhausen und Giesing, Gasthaus „Zum Thüringer Hof", Belfortstraße 6.

Jeden Mittwoch: Neuhausen, Restaurant „Prinz Alfons", Alfonsstraße 7.

Jeden Donnerstag: Pinakothek und Schwabing, Gasthaus „Allotria", Türkenstraße 38.

Jeden Donnerstag: Schlachthausviertel, Restaurant „Zum Bürgermeister", Lindwurmstraße 51.

Jeden Samstag: Kegelabend, Pfarrstraße 8, bei Parteigenossin Wutz.

Jeden Sonntag: Stammtisch, Restaurant „Blauer Bock", Blumenstraße 16, Hakenkreuzstüberl.

Mitgliederbeiträge vom Jahre 1921 sowie vom 1. Vierteljahr 1922, bitten wir auf unserer Geschäftsstelle, Corneliusstraße 12, einzuzahlen.

•

Ortsgruppe Mannheim: Jeden Montag, 8 Uhr abends, Sprechabend mit kurzem Vortrag über die politischen und völkischen Ereignisse. Aufnahmen und Beiträge werden in der Geschäftsstelle der Ortsgruppe Mannheim T 6, Nr. 1, entgegengenommen. Sportabteilung jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, Zusammenkunft in der Geschäftsstelle, T 6, Nr. 1.

Der Ortsgruppenvorstand.

Die Ortsgruppe Chemnitz der Deutschsozialistischen Partei hat beschlossen, sich der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei anzuschließen. Der erste Vortragsabend findet am 23. März d. J., 8 Uhr abends, im „Goldenen Engel" statt. Redner Pg. Blume über „Der Jude im Geschäftsleben".

Parteigenossen!

Die Ortsgruppe Hagen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist gegründet worden. Die Gründung stand unter einem glücklichen Stern. Wohlan denn, an die Arbeit!

Die erste Sorge muß sein, daß die junge Gruppe vom ersten Tage ihres Bestehens an sich einer vorbildlichen Geldwirtschaft befleißigt. Denkt deshalb an die baldige Zahlung des Mitgliederbeitrages, der monatlich 2 M. beträgt. Bestellt außerdem den „Völkischen Beobachter". Er ist das geistige Rüstzeug, das euch stärkt und die Feinde schwächt.

Die zweite Sorge ist die, daß jedes Mitglied, getreu seinem Schwur, bis zur nächsten Mitgliederversammlung wenigstens einen Volksgenossen wirbt, der der Ortsgruppe beitritt. Seht euch aber eure Leute an, bringt keine Flaumacher, und wären sie noch so hoch beamtet oder noch so reich begütert. Bewahrt uns vor Schwätzern, vor weibischen Gesellen, vor den „Gelehrten", vor Drückebergern, Kriegsgewinnlern, Neugierigen, Mitläufern und dergleichen Zeugs. Bringt nur ganze deutsche Männer und Frauen, die sich ins Gesicht sehen lassen können, und die mit einem unbändigen Haß gegen die Lügen- und Wucherbrut erfüllt sind, solche Männer und Frauen, die ihrerseits wiederum die Verpflichtung übernehmen wollen, der Ortsgruppe innerhalb weiterer vier Wochen mindestens ein Mitglied zuzuführen, das dieselbe Verpflichtung auf sich nimmt.

Zum Schluß sei darauf hingewiesen, daß es sich mit unserer Arbeit nicht in Einklang bringen läßt, daß Mitglieder anderer Parteien gleichzeitig Mitglieder der Deutschen Arbeiterpartei sind. Wer sich in die Deutsche Arbeiterpartei aufnehmen läßt, verpflichtet sich, etwaige bisherige Beziehungen zu

---

des Seekriegsrechtes mit unbestreitbarer Korrektheit beobachtet hätten", während sogar der Schweizer Bundesrat darüber anderer Meinung war.

In allen diesen Gemeinheiten und Scheußlichkeiten erblickte aber weder der Bundesrat noch die Militärzensurbehörde etwas Neutralitätswidriges. Man ging mit aller Schärfe nur gegen das vor, das als deutsche Propaganda ausgelegt werden konnte. Als das „Journal de Genève" offen zum tätlichen Widerstand gegen die Maßnahmen der eidgenössischen Heerespolizei aufreizte, fanden die führenden deutschschweizerischen Preßorgane einstimmig, „die Schweiz sei noch nie einiger gewesen als heute". Besäßen die Schriftleiter dieser Blätter auch nur den zehnten Teil des an sich gesunden Sprach- und Rassebewußtseins ihrer welschen Kollegen, so wären die Fälle vollendeter Würdelosigkeit, wie sie sooft vorgekommen sind, undenkbar.

Die französische Regierung zeigte sich natürlich für diese Hetzarbeit dankbar und verlieh dem Hauptschriftleiter des „Journal de Genève" und einem der Schriftleiter der „Gazette de Lausanne" einen Orden. Auf die Vaterlandsliebe des Herrn Bonnard vom „Journal de Genève" wirft die Tatsache ein eigentümliches Licht, daß er auf den Rang des schweizerischen Oberstleutnants verzichtete, um den französischen Orden der Ehrenlegion annehmen zu können.

Nach dem sogenannten Friedensschluß hat sich die Haltung dieser Blätter keineswegs geändert. Noch heute kann man in der „Gazette de Lausanne" von den „Boches" lesen und die Taten und das Heldentum der schwarzen Franzosen am Rhein bewundern. Das ist gar nicht verwunderlich, denn der Berliner Berichterstatter des „Journals von Paris" ist auch Mitarbeiter der „Gazette de Lausanne". Nur ein Beispiel sei gegeben. Der Berliner Artikelschreiber drückt seine Verwunderung darüber aus, daß bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen die Bevölkerung stark rechts gewählt habe, obwohl die Rechte die Schuld an der Ermordung Erzbergers trage. Da seht ihr den Geist der Preußen, der Boches, die der Partei der Mörder ihre Stimme geben. — In München hat dieses Blatt auch einen Berichterstatter, der leider nie unterzeichnet; allerdings hat er Grund dazu, sich schamhaft zu verbergen, denn die deutsche Sprache beherrscht er durchaus nicht, wie mehrere seiner „deutschen" Redewendungen beweisen.

Die größte Schuld, daß die Hetze immer noch weiter geht und nichts dagegen getan wird, trägt die „deutsche" Regierung und das Wolffsche Telegraphenbureau. Von Regierungsseite werden die heutigen skandalösen Zustände im Reich nur gelobt, von den Reichstagsreden liest man nur die der Minister, kein Sterbenswörtchen der Opposition. Bei uns herrscht demnach der republikanisch-parlamentarische Himmel auf Erden, und nur die böse Reaktion trennt uns noch von der allgemeinen Seligkeit. Das Wolffbureau verbreitet nur die Meldungen der sozialdemokratischen und jüdischen Presse, die die Achtung vor dem Deutschen und seine Ehre herabsetzen können. „Vorwärts", „Berliner Tageblatt", „Vossische Ztg.", „Frankfurter Ztg." und „Münchener Post" sind allein stets angeführt, der gleiche Text findet sich in allen Zeitungen der französischen Schweiz. Bayern ist nur als das Land der Geheimorganisationen bekannt, die einzige Meldung aus Sachsen seit einem halben Jahre ist die Nachricht des „Vorwärts" über die Enthüllungen Lipinskis, die alle erlogen waren. Selbstverständlich ist es Ehrensache dieser Propaganda, keine dieser Lügen zu widerrufen, auch wenn sie noch so sehr erstunken sind. Noch nie hat man dagegen von einer Gewalttat eines schwarzen Franzosen, nie von der „Ehrlichkeit und Befähigung" der neudeutschen Minister, Regierungspräsidenten und Landräte gehört oder gar etwas von den jüdischen Unverschämtheiten, wie wir sie dauernd erleben müssen.

Die Judenfrage wird in schweizerischen Zeitungen nie angeschnitten.

Fritz Malende, Lausanne (Schweiz).

Hitler und Schweyer

Herr Mieklisch, der frug frank und frei
Herrn Schweyer, was mit Hitler sei.
(Na, schließlich ist es ja erklärlich,
Den Herren ist der Mann gefährlich!)
Herr Schweyer sprach, man hat „erwogen"
Und Unterredung wohl gepflogen,
Man sieht den Hitler hier nicht gerne,
Und trachtet, daß man ihn entferne.
Nun ja, ihr Herrn, ich kann versteh'n,
Ihr wollt nichts von der Wahrheit seh'n.
Ein dreckiger galizischer Jud',
Die Schieber-Parasitenbrut
Beschweren wenig eure Sinne,
Die Lumpen laßt ihr alle drinne.
Ein Mann von echtem Schrot und Korn
In euren Augen ist ein Dorn. —
Ich sage nur: „Mein lieber Schweyer,
Gib acht und spiel' nicht mit dem Feuer."

Rieth.

den alten Parteien abzubrechen. Wer das nicht tut, setzt sich dem Verdacht aus, bei uns für die Belange einer der alten Parteien spionieren zu wollen. Mit solchen Personen würden wir kurzen Prozeß machen.

Die nächste Mitgliederversammlung, in Gemeinschaft mit dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, findet am Mittwoch, den 22. März 1923, abends 8 Uhr, im Wilhelmshof statt.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Pg. Ohnesorge, Dortmund, über: „Die Deutsche Arbeiterpartei.

2. Verschiedenes.

Danach gemütlicher Teil.

Das Rauchen während des geschäftlichen Teiles bitte zu unterlassen. Für den gemütlichen Teil wolle jeder ein kleines Liederbuch mitbringen. J. A.: Hugo Wachenfeld.

•

Sektion Neuhausen. In der Sektionsversammlung am 15. d. M. hielt unser Parteigenosse, Herr Hofmeister, einen Vortrag über „Deutscher Kommunismus im Gegensatz zum internationalen Kommunismus“. Pg. Hofmeister verstand es, die krassen Auswirkungen des internationalen Kommunismus klar vor Augen zu führen. Allgemeiner Beifall lohnte seine Ausführungen.

Versammlung im Hofbräu

Am Freitag, den 17. März, war der Hofbräuhausfestsaal wieder überfüllt. Parteigenosse Esser sprach über „Börsenregierung und bayerische Politik“.

Er fertigte anfangs die Leute von der Sorte des Herrn Ballerstedt ab, die bisher jahrelang gegen die nordischen Brüder Haß ausgespien hätten und jetzt plötzlich Plakate „gegen den Separatismus“ an die Wände Münchens kleben. Dieser Scheinheiligkeit muß die Larve abgerissen werden. Die Kommunisten sind in ihren unverhüllten Absichten mir tausendmal lieber wie die Herren, die das Bamberger Programm verfaßt haben und doch nur die Statthalter Wirth-Rathenaus sind. Eine spezifisch bayerische Politik gibt es heute nicht, sondern nur eine deutsche. Deutschlands Schicksal ist auch Bayerns Schicksal. Und wer bestimmt dieses? — Es tut dies derselbe Mann, welcher das bekannte Wort von den 300 Leuten sprach, die die Schicksale der Welt bestimmen: Rathenau, als Vertreter der alljüdischen Hochfinanz.

Unter der Wirtschaft, die R. „das Schicksal“ nannte, leidet die ganze Welt heute. Im jüdischen Sowjetrußland wächst das Elend von Stunde zu Stunde. Ein Pfund Brot in Sewastopol kostet heute 50 000 Rubel, ein Eimer Trinkwasser 300 Rubel. — Österreich ist auf demselben Wege. In einer Woche sind die Preise folgendermaßen in die Höhe geschnellt: 1 Kilogramm Schmalz von 2300 Kronen auf 2650, 1 Kilogramm Kaffee von 2800 auf 3870, 1 Kilogramm Butter von 2700 auf 4000 Kronen usw. — In dem scheinbar so reichen Dänemark gibt es 370 000 Arbeitslose, in Amerika 7 000 000...

Die „M. Z.“ brachte die Besprechung eines französischen Werkes, welches auch für Frankreich nachwies, daß die eigentlichen Herren des Landes die Großbanken sind. Die Welt ist heute zum Arbeitsmarkt für die Börsenjuden geworden. — Die Massen werden darüber durch die Judenpresse und ihre Kulis in Blindheit gehalten; darauf bauen die Hebräer. — Deutschland wird weiter zerrissen: der in Kraft getretene Vertrag von Lana bedeutet die Vergiftung des Anschlußgedankens Deutschösterreichs. Innerhalb Deutschlands selbst wird der Klassenkampf immer wieder hochgepeitscht (Redner verliest die betreffenden Stellen aus den Protokollen der „Weisen von Zion“). Hierzu kommen die Verfassungskämpfe; die Verfassung des Juden Preuß provoziert die dauernde Zersplitterung Deutschlands. Heute heißt es: „Ich kenne keine Deutschen, ich kenne nur noch Parteien.“

Der Föderalismus der Bayerischen Volkspartei ist ein aufgelegter Betrug, da sie selbst die Weimarer Verfassung gebilligt hat. Dank der Feigheit dieser Stellen kam die Herrschaft der Rätejuden in München. Jetzt, da sie durch Studenten und andere Nationaldeutsche gerettet worden sind, wollen sie einen Mann wie Hitler ausweisen! Von der Bayerischen Volkspartei hat selbst Dr. Heim einmal geschrieben: Die Bayerische Volkspartei hätte ihre Grundsätze verkauft, niemand sollte ihre Kandidaten wählen.

Kahr und Pöhner mußten gehen, weil sie Bayern deutsch und föderalistisch verwalten wollten. Wenn wir sie auch ihrer oft zu schwachen Haltung wegen angreifen mußten, so sind sie uns, als Deutsche, doch lieber wie die ganze heute regierende Bagage. (Stürmischer Beifall.) Heute wird Bayern anstandslos bespitzelt, die Edelföderalisten retten den Wirth mit den Unabhängigen zusammen. — Unterdes rückt der Bolschewismus von Tag zu Tag näher. Wenn Lerchenfeld ihn endlich erkannt haben wird, wird es zu spät sein.

Jetzt Hitlers Ausweisung. Ich mußte schon in der letzten Versammlung feststellen, daß unsere Minister ihr Reglement nicht kennen. Herr Wutzlhofer z. B. nicht den Versailler Vertrag. Herr Schweyer scheint sogar das deutsche Gesetzbuch nicht zu kennen, das bestimmt, daß ein Ausländer, der ein Jahr im deutschen Heere gedient hat, in den Staatsverband aufgenommen werden muß. Hitler hat nun neben dem E. K. I. auch die bayerische Dienstauszeichnung für 9jährigen Dienst (4½ Jahre Frontdienst).

Seine Kommandeure schreiben uns einstimmig, daß Hitler die gefährlichsten Ordonnanzen freiwillig übernommen und mit Todesverachtung durchgeführt habe. Ein anderer Kamerad teilt uns mit: „Wir sind H. zu großem Dank verpflichtet, weil er uns Familienvätern schwere Aufträge abgenommen hat.“ (Stürmischer Beifall.)

Hitler ist unser und bleibt bei uns. Kampf weiter der Börsenregierung und dem verlogenen Separatismus. Kampf für ein einiges, völkisches Großdeutschland.

Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen wurde eine Sammlung veranstaltet zum Besten der durch Feuerschaden obdachlos gewordenen Arbeiter am Walchenseewerk. Die Sammlung ergab die Summe von 830 M. Den herzlichsten Dank den Spendern.

Ballerstedt mit Trauerrand!

Die von dem Wasserbaukünstler Ballerstedt für Freitag, den 17. d. M., einberufene Versammlung war von 112 Personen (einschließlich zirka 30 Polizeibeamte) besucht, und davon waren noch dazu die Hälfte Gegner, was aus dem Beifall hervorging, der einem Diskussionsredner gezollt wurde, der gegen die Zippel-Zappel-Politik Ballerstedts protestierte.

Wenn der Trauerrand des Plakates ein Beweis für den weitausschauenden Politiker war, so bewies die Wahl des Versammlungslokals das Gegenteil, da hätt' es schon ein Nebenstüberl in den „Vier Jahreszeiten“ auch getan.

Sind Sie nun zufrieden, Herr Ballerstedt? Sie sehen, daß wir sehr gut unter...chtet sind, auch wenn Sie uns den Besuch Ihrer Versammlungen verbieten. Aber eine Frage wird doch wohl erlaubt sein. Wer deckt denn das Defizit der Versammlung? Der Bayernbund oder der Kanalbauverein?

Wor probieren Sie es das nächste Mal, wenn Weiß-Blau und Schwarz-Weiß nicht ziehen, mit den neuen glorreichen Farben der Republik, schwarz-rot-gelb!

Dös hau!!

Folgsame Freunde

Nachdem der „christliche“ „Bayer. Kurier“ sein Gift verspritzt hatte, greift der „Regensburger Anz.“ diese gemeinen Anpöbelungen auf und druckt sie pflichtschuldigst ab. Und noch andere Freunde finden sich ein: die „Südd. Presse“, das Findelkind der alljüdischen „Frankf. Ztg.“, findet die Auslassungen (die wir in der letzten Ausgabe gebührend kennzeichneten), „erfreulich eindeutig“. Das sind sie allerdings: der eindeutige Wutschrei einer ertappten Heuchlergesellschaft. Wohl bekomme die Freundschaft; zu den „gesetzestreuen“ Juden sind nun auch die „Reformjuden“ gekommen. Jahweh sammelt seine Streiter, und wie der Zentrumsführer Schreiber sagte: „Das ewige Gesetz ist uns von Sinais Höhen gegeben worden.“

Von der aufbauenden Macht der Gedanken

II.

Heute kann man in gewissen Kreisen nicht genug nach dem „starken Mann“ rufen. Er allein sei Deutschlands Rettung. Wenn aber dieser starke Mann nicht kommt? Dieser „starke Mann“ ist gewissen Leuten wie der „liebe Gott“ eine neue Schlafmütze, in der sie weiter dösen können, eine der zahllosen Illusionen, die heute noch unser Volk beherrschen und jede angeschaute völkische Kraftentfaltung ausschließen. „Das ist der Weisheit letzter Schluß, nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß“, wann wird einmal dieses Goethische Evangelium des freien Germanentums in breiten Kreisen wieder Eingang finden? Der „starke Mann“ kann auch nicht, selbst wenn er käme, das verkrüppelte Denken wieder zurechtbiegen, wie es in Deutschland Platz gegriffen hat. Solange nicht jeder einzelne selbst sich darüber klar wird, daß er ein Mann, ein ganzer deutscher Mann der Tat, ein Mann des Opfermuts und der unentwegten Treue zu deutscher Art und Sitte zu sein hat, daß er höchstselbst mitverantwortlich ist an dem Schicksal seines Volkes, solange kann Deutschland keinen besseren Zeiten entgegengehen. An Stelle des „Aufbau“-Programms der Parteien muß wieder das überparteiliche Programm der sittlichen deutschen Menschen treten, die Persönlichkeit, die durch Tat und Beispiel den Beweis führt, daß es noch etwas Höheres gibt als Weltverbrüderung, daß der einzelne, und sei er noch so gering, wenn er nur echt ist, eine Mission von unabsehbarer Tragweite hat. Heute, in dem Meer der allgemeinen Genußsucht und Korruption, werden nur diejenigen, die das Gesetz des Geistes in sich tragen, der zunehmenden Schlammflut Einhalt gebieten können. Denn nur sie schaffen um sich neues Leben, wecken neue Kräfte und bauen langsam eine Grundlage für eine völkische Erneuerung. Organisch wachsend wird so neues Leben sich zu neuem Leben fügen und Abgestorbenes mit junger Triebkraft neu erstehen lassen. Es mag schwer sein, den Menschen in der allgemeinen Falschheit und Hinterlist zu trauen. Aber hier hat wieder der einzelne einzusetzen, indem er der Mann ist, auf den man sich unbedingt und sicher verlassen kann. Er muß ganz „er selbst“ sein, sein Glaube und seine sittliche Kraft darf nicht wanken, selbst wenn die ganze Umwelt ihn verlassen zu haben scheint. Dann muß er erst recht sich sagen, sind's andere nicht, dann will wenigstens ich es sein. Gar nie wird die angewandte Energie verloren sein, sondern irgendwo und irgendwie wird sie, Früchte tragend, zum Vorschein kommen. Wie ein Fels wird er dastehen müssen in der Brandung der Meinungen, er wird eine Hoffnung, die rettende Insel für Tausende sein, deren Augen nach einem festen Punkt ausschauen. Aus der starken inneren Kraft, aus den klaren, sittlichem Denken entspringenden Energien wird sich allmählich ein Kern schaffen lassen, aus dem eine neue Welt entstehen kann. Je mehr sich die denkenden einzelnen gegen Alltag und Massengewohnheiten anstemmen, desto sicherer werden in das Volksleben wieder neuere und natürlichere und damit gesundere Formen einkehren.

Fichte sagt einmal mit Recht: „In diesem Ringen der Geister mit Geistern siegt stets derjenige, der der höhere, bessere Mensch ist; so entsteht durch Gesellschaft Vervollkommnung der Gattung, und wir haben damit auch zugleich die Bestimmung der ganzen Gesellschaft als solcher gefunden. Wenn es scheint, als ob der höhere und bessere Mensch keinen Einfluß auf den niederen und ungebildeten habe, so täuscht uns hierbei unser Urteil, da wir oft die Frucht auf der Stelle erwarten, ehe das Samenkorn keimen und sich entwickeln kann; teils kommt es daher, daß der bessere vielleicht um zu viele Stufen höher steht als der ungebildete, daß sie zu wenig Berührungspunkte miteinander gemein haben, zu wenig aufeinander wirken können — ein Umstand, der die Kultur auf eine unglaubliche Art aufhält.“ Und an anderer Stelle sagt er: „Das Interesse steigt, wenn man einen Blick auf sich selbst tut und sich als Mitglied dieser großen, innigen Verbindung betrachtet. Das Gefühl unserer Würde und unserer Kraft steigt, wenn wir uns sagen, was jeder unter uns sagen kann: mein Dasein ist nicht vergebens und zwecklos; ich bin ein notwendiges Glied der großen Kette, die von Entwicklung des ersten Menschen zum vollen Bewußtsein seiner Existenz bis in die Ewigkeit hinausgeht.“

Goethe sagt einmal: „Ich bedaure die Menschen, welche von der Vergänglichkeit der Dinge viel Wesens machen und sich in Betrachtung irdischer Nichtigkeit verlieren. Sind wir ja eben deshalb da, um das Vergängliche unvergänglich zu machen.“ Das ist die höchste Aufgabe der einzelnen, der bewußten Deutschen, beizutragen, um das Vergängliche wieder unvergänglich zu machen, um dem Volke den Stempel der Ewigkeit aufzudrücken. Sie müssen durch ihr Denken, durch die Wirksamkeit ihres persönlichen Handelns, durch ihr Beispiel die unter ihnen Stehenden langsam mit ihrem Geist durchdringen und so heben. Daß die Volksgemeinschaft das Gepräge der Unvergänglichkeit bekommt, dafür hat der einzelne nur eine sichere Bürgschaft: sich selbst. „Niemand kann mit Glück an sittlicher Veredelung arbeiten, der nicht selbst ein guter Mensch ist. Wir lehren nicht bloß durch Worte, wir lehren auch weit eindringlicher durch unser Beispiel; und jeder, der in der Gesellschaft lebt, ist ihr ein gutes Beispiel schuldig, weil die Kraft des Beispiels erst durch unser Leben in der Gesellschaft entsteht.“ Man kann diese Worte Fichtes nicht genug jenen nimmermüden Jammerseelen vor Augen halten, die nicht wissen, wo ihr Platz in diesem Kampf um Sein oder Nichtsein ist.

Auf den einzelnen kommt es an! Wir brauchen vor allem praktische Einzelpolitik von Mensch zu Mensch, wir brauchen verantwortungsfrohe Führer, deren Persönlichkeit voranleuchtet, die ihrer Führeraufgabe nur im Hinblick aufs Volksganze betrachten, deren Streben, einem inneren Reichtum entspringend, schöpferische Kraft ist, mit der sie eine Welt, in ihren Willen zwingend, neu erstehen lassen können. Sie werden allen Entartungserscheinungen, allen oberflächlichen Anschauungen und Sitten den Krieg erklären, ihr eigenes Ich möglichst weitgehend von dem, was mit der Masse zusammenhängt, loslösen, um richtunggebend zu wirken. Unsere Rettung liegt nicht außer uns, nicht in der Hilfe des Auslands, sondern in uns, in jedem einzelnen. Sie liegt in dem bewußten, kraftvollen Willen vieler einzelner, den eine hohe sittliche Idee in seiner Stoßkraft beflügelt. Diese einzelnen werden die Lebensretter des deutschen Volkes sein. Denn „Nationen“, sagt Lagarde, „bestehen nicht aus Millionen, sie bestehen aus den Menschen, welche sich der Aufgabe der Nation bewußt und darum imstande sind, vor die Nullen zu treten und sie zur wirkenden Zahl zu machen“.

Alfred Miller.

Münchner Nachrichten

— Ausstellung von Erfindungen. Der Deutsche Erfinderschutzverband, e. V., München, veranstaltet während der „Internationalen Frühjahrsmesse“ in Frankfurt a. M. eine große Ausstellung von Erfindungen und Neuheiten, die allen Erfindern günstige Gelegenheit bieten soll, ihre Schutzrechte ohne große Kosten bekanntzumachen. Vollständig mittellose und arbeitslose Erfinder sowie Kriegsbeschädigte erhalten gegen entsprechende behördliche Bescheinigung Freiplätze. Die Anmeldungen müßten sofort erfolgen, da andernfalls die ausgestellten Gegenstände nicht mehr im Ausstellungskatalog aufgenommen werden können. Näheres durch die Geschäftsstelle des Verbandes, München, Jahnstraße 20.

Achtung!

Unsere deutschen Brüder und Schwestern im Ausland, die an der Wiedergeburt Deutschlands und seiner Geltung in der Welt mitarbeiten wollen, bitten wir herzlich, uns in dem schweren Kampfe gegen das alles verseuchende Judentum tatkräftig zu unterstützen durch den Bezug und die Verbreitung des „Völkischen Beobachters“, sowie durch Überweisung von Spenden zu unserem Kampfschatz. Gebe jeder nach Maßgabe seiner Kräfte! Deshalb bitten wir, recht zahlreich von dem folgenden Bestellschein Gebrauch zu machen.

Ausschneiden und einsenden!

Bestellschein

Ich bestelle hiermit den „Völkischen Beobachter“ für das 1., 2., 3., 4. Vierteljahr.

Ferner überweise ich ____________ Mark als Spende an die Geschäftsstelle des „Völkischen Beobachters“, München, Thierschstraße 15, Postscheckkonto 11 346.

Außerdem bestelle ich für Herrn (Frau) ____________

____________ in ____________ die Zeitung

auf meine Rechnung für das 1., 2., 3., 4. Vierteljahr.

(Nicht Gewünschtes streichen)

Name: ____________

Stand: ____________

Wohnort: ____________

Unentgeltliche Arbeitsvermittlung

Stellen finden:	Stellen suchen:
1 Möbelschreiner	1 Schmied
1 Dreher	1 Monteur
1 Bureaudiener	2 Hilfsarbeiter
Mehrere Mechaniker für Elektrotechnik	1 Kaufmann
1 perf. Köchin	1 Lagerist
5 Dienstmädchen	1 Aufseher
1 Stenotypistin in Anwaltskanzlei (Vertrauensstellg.)	2 Hausdiener
	2 Kutscher
	1 Hausmeister
	2 Ausgeher
	1 Bäcker
	1 Dienstmädchen

Geschäftsstelle der N.S.D.A.P., Corneliusstraße 12

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dietrich Eckart. — Für den Anzeigenteil: Philipp Bouhler. — Verlag: Frz. Eher, Nachf., G. m. b. H. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. — Sämtliche in München.

Verbreitet den „Beobachter“!

D. V. Mitteilungen
(Mitteilungsblatt vom Gau Rheinland des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes)
Einzige deutschvölkische Zeitschrift im besetzten Rheinland
Probenummer gegen Einsendung von M. 1,—
Postjahresbezug M. 12,—
Verlag der „D. V. Mitteilungen“, Köln 23
Postscheckkonto Köln 6907

BETTEN
Spezialgeschäft GESCHWISTER OTTINGER
Telephon 21106, Fallmerayerstr. (Kaufinghaus)